



Wortprotokoll

der 46. Sitzung vom 15. Juli 1955

Resoconto integrale

della seduta n. 46 del 15 luglio 1955

II. Legislatur
II legislatura
1952 - 1956



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO

LANDTAG BOZEN

**II Legislatura
II Legislaturperiode**

SEDUTA XLVI SITZUNG

15 - 7 - 1955

Presidente - Präsident: BERTORELLE

Vice Presidente - Vize-Präsident: MAGNAGO

ORDINE DEL GIORNO

- 1) Dichiarazione del Presidente della Giunta Provinciale sullo stato dell'attuazione dell'autonomia provinciale;
- 2) Disegno di legge provinciale: « Ordinamento delle scuole materne della Provincia di Bolzano » (rinviato dal Commissario del Governo il 19-8-1954, vedi motivazioni del 13-9-1954);
- 3) Ratifica della deliberazione n. 624 del 16-6-1955, presa dalla Giunta Provinciale a sensi dell'art. 48, punto 7 dello Statuto: « Ufficio Assistenza Rimpatrianti Op-tanti: acquisto a Dodiciville del terreno di proprietà Conti Toggenburg »;
- 4) Interrogazioni e interpellanze.

ORDINE DEL GIORNO SUPPLETIVO

« Modifica del punto 7) della delibera consiliare n. 23/74 del 5-7-1954 ».

TAGESORDNUNG

- 1) Erklärung des Präsidenten des Landesausschusses über den Stand der Durchführung der Provinz-Autonomie;
- 2) Landesgesetzentwurf: « Bestimmungen für Kindergärten der Provinz Bozen » (rückverwiesen vom Regierungskommissär am 19.8.1954, siehe Begründungen vom 13.9.1954);
- 3) Genehmigung des Beschlusses Nr. 624 vom 16.6.1955, welcher vom Landesausschuss im Sinne des Art. 48, Punkt 7 des Autonomiestatutes gefaßt wurde: « Amt für Rücksiedlungshilfe — Ankauf eines Grundes der Grafen Toggenburg »;
- 4) Anfragen und Interpellationen.

ZUSÄTZLICHE TAGESORDNUNG

« Abänderung des Punktes 7 des Landtagsbeschlusses Nr. 23/74 vom 5.7.1954 ».

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE: { Avv. Armando
VORSITZ DES PRÄSIDENTEN: { Bertorelle

Ore 9.30 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

STÖTTER (Segretario - S. V. P.): (Appello, lettura del processo verbale - Namensaufruf, Verlesung des Protokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? E' approvato.

Prosegue la discussione sulle dichiarazioni del Presidente avv. Erckert. La parola al cons. Dietsch.

DIETSCH (S. V. P.): Ich möchte in der Debatte zu den Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes im Besonderen auf einige Punkte der Stellungnahme der D.C. zu den Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes eingehen, in der Annahme, dass verschiedene Kollegen andere Punkte in ihren Ausführungen näher streifen und kommentieren werden. Es hat nämlich die in allen Einzelheiten

klar fixierte Stellungnahme der D.C. eine programmatische Bedeutung. Und deshalb ist es angebracht, auf einzelne Punkte dieser Stellungnahme, die ausgesprochen grundsätzlicher politischer Natur ist, ausführlich einzugehen.

Der Gruppenführer der D.C. hat unter anderem in seiner Stellungnahme folgendes ausgeführt: «Die D.C. ist sich in besonderer Weise der Tatsache bewußt, den italienisch-sprechenden Volksteil zu vertreten».

Ich glaube, daß gerade diese Stellungnahme besonders betont werden muß, denn zu anderen Zeiten — ich erinnere an die Landtags- und Parlamentswahlen — hat man immer wieder von dieser Seite darauf hingewiesen, daß die D.C. gewillt ist, auch die Interessen der deutschsprechenden Bevölkerung zu vertreten, ganz besonders aber jene des ladinischen Bevölkerungsteiles. Ich glaube, es wird gut sein, daß wir zum gegebenen Zeitpunkt gerade diesen Punkt in der Erwiderung des D.C. Sprechers betonen und besonders hervorheben.

Besondere Erwähnung verdient dann folgender Passus: «Er (der Sprecher der D.C.) fühlt es als seine Pflicht, die tiefe Entrüstung aller Ehrli-

chen gegenüber eine verleumderischen Pressekampagne des Auslandes zum Ausdruck zu bringen».

Daß man sich hier wirklich anmaßt, im Namen aller Ehrlichen zu sprechen, ist schon ein ziemlich großes Stück von Heuchelei, denn letzten Endes könnten wir ohne weiteres den Vergleich ziehen mit der Berichterstattung in der ital. Presse und hinweisen auf die Verleumdungskampagne, die von dieser entfesselt wurde; tatsächlich war die Stellungnahme der ausländischen Presse größtenteils objektiv, während die Stellungnahme der italienischen Presse zu oft alles eher als objektiv war. Es wurden Greuermeldungen noch und noch verbreitet, und alles nur mit dem einen Ziel und mit dem einen Zweck, unsere berechtigten Forderungen, die wir jetzt nach 6½ Jahren autonomer Verwaltung, also nach 6½ Erfahrung geltend zu machen haben, in der öffentlichen Meinung unmöglich zu machen und uns als die bösen Buben darzustellen. Es wäre christlicher gewesen, wenn man wenigstens mit einigen Worten die bewußt verleumderische Berichterstattung des großen Teiles der italienischen Presse gerügt bzw. richtiggestellt hätte. Man hat darüber aber keine Silbe verloren. Ja, überdies hat gerade jene Presse in der Region, die sich als unabhängig bezeichnet, und zum Teil auch das Parteiorgan der D.C. ist, die wenigen Stimmen, ich nenne da z.B. die «Stampa», die in sachlicher Erkenntnis gegen die Zuwanderung Stellung nahmen, scharf kritisiert. Man hat mit dieser Methode die betreffenden Berichtersteller regelrecht eingeschüchtert. Ich glaube, daß letzten Endes nicht sosehr die Berichterstattung der ausländischen Presse als solche die Vertreter der anderen Volksgruppe in Harnisch gebracht hat; wohl aber sind sie verstimmt, weil sich das Ausland überhaupt um Südtirol und um südtiroler Angelegenheiten interessiert. Man will einen Schleier über unsere Lage breiten und das Ausland soll die reale und wirkliche Lage unseres Landes nicht zur Kenntnis nehmen. Die Entwicklung, die seit 6½ Jahren ihren Lauf nimmt, soll, ohne Aufmerksamkeit im Ausland zu erregen, weitergehen, bis dann der Zeitpunkt erreicht ist, in welchem durch die Majorisierung der Südtiroler eben keinerlei Ausländische Stellungnahme mehr zu befürchten ist und diese auch keinerlei Folgen mehr haben könnte.

Von besonderem Interesse war für mich in meiner Eigenschaft als ehemaliger Regionalassessor für Landwirtschaft und Forstwesen der Hinweis in der Stellungnahme der D.C. auf die Durchführung des Artikels 14 des Autonomiestatutes. Diese Stellungnahme lautet wörtlich: «Die D.C. hat niemals die Anwendbarkeit des Art. 14 bestritten».

Ich glaube, daß eine solche Phrase gerade im gegenwärtigen Augenblick und nach all dem was seit über einem Jahre in der Region vor sich gegangen ist, eine Unverfrorenheit darstellt. Es mag deshalb gut sein, noch einmal klar den Sachverhalt zu schildern: Im Dezember 1953 erhielten wir von der Mehrheitspartei die schriftliche Zusage betreffend die Verwirklichung des Art. 14; es wurde dann vereinbart, daß im Juni 1954 die Verhandlungen hinsichtlich der Durchführung des Art. 14 auf dem Sektor der Landwirtschaft und des Forstwesens beginnen sollten. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde von mir im Juni 1954 eingebracht. Zwar hat man Verhandlungen und wieder Verhandlungen gepflogen, jedoch ohne konkretes Ergebnis, sodaß der Eindruck berechtigt ist, als wollte man nur den Schein vortäuschen, damit Zeit gewinnen, und auf diese Weise an das Ende der Legislatur herankommen. Dann wäre die praktische Durchführung des Art. 14 sowieso hinfällig geworden. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß man erst 9 Monate nach Einbringen des Gesetzesentwurfes, also im März 1955, klipp und klar erklärte, der Entwurf könne keinerlei Diskussionsgrundlage bilden. Auch die nach diesem Zeitpunkt noch gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weshalb ich mich gezwungen sah, auch in Verbindung mit der mittlerweile unternommenen Pressekampagne, meine Demission einzureichen. Diesen meinen Rücktritt hat man aber mit Absicht in seinen Gründen verzerrt dargestellt, indem man ihn ausschließlich nur mit der internationalen Lage in Verbindung brachte. Es war ausgerechnet der «Adige», das Parteiorgan der D.C., der diese Kampagne auslöste. Dabei wußte man genau, daß einzig und allein die Verweigerung der Durchführung des Art. 14 der Grund für meinen Rücktritt war. Darüber hinaus hat man je nach Geschmack und Verwendung meinem Rücktritt andere Gründe untergeschoben, so mit dem Hinweis auf die internationale Lage und dies mit Bezug auf die öffentliche Meinung des Inlandes, während man für das engere Gebiet, also in Land und Region, meinen Rücktritt auch mit persönlichen Motiven begründete. Damit sollte letzten Endes der einzig wahre Grund meines Rücktrittes, also die Verweigerung der Durchführung des Art. 14, vorenthalten bleiben. Hier haben wir eine Kostprobe mit welchen Methoden die Mehrheitspartei, die mit uns seit 6½ Jahren die Verantwortung in Land und Region trägt, umgeht.

Es mag in diesem Zusammenhang lehrreich sein, auf die kürzlich erfolgte Landtagsdebatte zum Kindergartengesetz hinzuweisen. Wer als Laie, also in Unkenntnis der Bedeutung des Gesetzes, den Diskussionen folgen konnte, der mußte

auf Grund der Stellungnahmen aller italienischsprachigen Landtagsgeordneten den Eindruck gewinnen, es handle sich um eine Haupt- und Staatsaktion. Der Sprecher der D.C. hat sogar von Verantwortung den zukünftigen Generationen gegenüber gesprochen. Dabei ist sich jeder von uns, und dies muß auch für die Vertreter der italienischen Parteien gelten, im Klaren, daß dieses Gesetz wie auch fast alle übrigen — es sind ja nur wenige — keinerlei wirklich beachtliche Bedeutung hat. So muß man den Eindruck gewinnen, die Vertreter der italienischsprachigen Gruppen vertreten mit ihrer Haltung im Landtag eine bestimmte Methode. Es soll der Eindruck nach Außen erweckt werden, daß wir, weil wir im Landtag und Landesauschuß die Mehrheit haben, nach eigenem Gutdünken im Lande schalten und walten können. Die Dinge liegen aber anders. Wie gering die Befugnisse des Landes sind, beweist wohl auch die geringe Zahl der Landtagsitzungen, die geringe Zahl und geringe Bedeutung der verabschiedeten Gesetze.

Bezeichnend ist die Begründung des Sprechers der Mehrheitsgruppe für die Ablehnung des Kindergartengesetzes. Kann man da von autonomistischer Einstellung reden, wenn man die Ablehnung des Gesetzes auch mit dem Fehlen der Durchführungsbestimmungen begründet? Dieser Umstand müßte eher ein Grund mehr dafür sein, daß man jetzt, nach 6-½ Jahren Autonomie, diese Lücke ernstlich rügt. Wenn der R.R. Molignoni dann uns die ONAIR ins Gedächtnis ruft und damit die Verabschiedung dieses Gesetzes als überflüssig erachtet, dann wissen wir ebenfalls klar Bescheid. In dieser herrscht immer noch der gleiche faschistische Geist. Unsere Autonomie wird auch damit treffend illustriert, daß wir uns heute noch mit der ONAIR wegen unserer Kindergärten herumstreiten müssen. Ich glaube, man geht nicht zu weit, wenn man diese hartnäckige Opposition aller italienischen Parteien gegen die Verabschiedung des Kindergartengesetzes auch damit begründet, daß letzten Endes das Ziel verfolgt wird, vorerst einmal die Kindergärten gemischtsprachig zu lassen, in der Erwartung und Hoffnung, man werde — von den Kindergärten ausgehend —, schrittweise auch zur gemischtsprachigen Schule kommen, um auf diese Weise unsere völkische Substanz aber sicher gerade im so wichtigen Schulwesen zu unterhöhlen.

In der Stellungnahme der D.C. heißt es dann zu einem anderen für uns wichtigen Punkt wörtlich wie folgt: *«Die Staatskarriere steht jedem, auf Grund regelrechter Wettbewerbe offen und kein Staatsbürger der deutschsprachigen Volks-*

gruppe wurde, noch wird daran gehindert, an diesen Stellenwettbewerben teilzunehmen».

Wie schwierig es aber gerade für uns ist, auf Grund der italienischen Verwaltungspraxis an einem Wettbewerb mit Erfolg teilzunehmen, darüber bedarf es keiner weiteren Worte, nachdem mein Vorredner, Kollege Dr. Schatz, ausführlich die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten aufgezeigt hat. Tatsache ist, daß bei der heutigen Lage der Dinge es für einen Südtiroler praktisch unmöglich ist, in den Staatsdienst hineinzukommen. Dies allein schon wäre hinreichender Anlaß für eine schwache Teilnahme der Südtiroler an staatlichen Wettbewerben. Die Vertreter der ital. Parteien aber, wie auch die amtlichen italienischen Stellen, verweisen immer wieder darauf und werden nicht müde zu wiederholen: daß uns die gleichen Möglichkeiten zustehen, wie den italienischsprachigen Bürgern, daß wir an Staatsbewerben zu gleichen Bedingungen teilnehmen können, es melde sich jedoch kaum ein Südtiroler. Angeblich seien wir also darauf nicht angewiesen, weil unsere Wirtschaft blühe, folglich seien wir an den staatlichen Wettbewerben uninteressiert.

Die Dinge liegen aber freilich anders und die Aussichtslosigkeit der Teilnahme ist leider gegeben. Ich möchte hier nur einen Fall als Exempel statuieren: Im Jahre 1952 wurde ein Wettbewerb für das Forstpersonal (Corpo Forestale dello Stato) ausgeschrieben. Es haben sich zwei Dutzend Südtiroler zur Teilnahme am Wettbewerb gemeldet. Der damalige Landwirtschaftsassessor hat sich zeitgerecht in Rom entsprechend verwendet mit dem Hinweis, einmal auf die besondere Lage der südtiroler Bewerber, dann auf das Fehlen von deutschen Forstorganen in der so wichtigen südtiroler Forstwirtschaft. Man hat keine Begünstigungen verlangt, lediglich sollten die technischen Kenntnisse den Vorrang haben und allfällige sprachliche Mängel sollten entsprechend der Lage unserer Volksgruppe Berücksichtigung finden. Zudem handelt es sich ja nicht um Schreibtischbeamte, wohl aber um Forstorgane, deren Tätigkeit ausschließlich praktischer Natur war. In Rom wurden von zuständiger Seite Zusicherungen gegeben. Und das Ergebnis? Kein einziger Teilnehmer hat den Wettbewerb bestanden. Ich glaube, dies ist wohl ein schlagender Beweis, denn die objektiven Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluß der Prüfung waren gegeben: viele hatten Forstkurse mit Erfolg besucht, hatten in der Aufforstung oder Wildbachverbauung gearbeitet und Erfahrungen gesammelt, sie waren in technischer Hinsicht den übrigen Bewerbern gewachsen, wenn nicht gar überlegen. Unter solchen Voraussetzungen und bei einer solchen Einstellung wer-

den Gemeinden angefordert, die für das bekannte Grünbuch Verwendung finden sollten. Weder der Landeshauptmann noch der Landesausschuß wurden von dieser Weisung an die Gemeinden benachrichtigt. Nicht genug damit: mit Schreiben des Regierungskommissärs vom 15.1.1954, Nr. 619-Gab. wurden die Bürgermeister angewiesen, Sanktionen gegen jene Beamte zu verhängen, die dieses statistische Material an politische Parteien weitergaben. Gemeint war die S.V.P. In diesem Schreiben des Regierungskommissärs wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bürgermeister, in ihrer Eigenschaft als Regierungsbeamte, für die Bevölkerungsregister verantwortlich seien. Somit sind auch die Bürgermeister in einer Art Halbpacht zwischen Landesausschuß und Regierungskommissär. Ich weiss nicht, ob meine Informationen richtig sind, ich glaube aber, daß der Herr Landeshauptmann szt. um die Überlassung dieser Unterlagen ersucht hat und es sollen ihm entsprechende Zusicherungen gegeben worden sein. Bis zum heutigen Tage, also nach 1½ Jahren, wurden ihm diese aber immer noch nicht ausgefolgt. Aus diesem Beispiel ersieht man klar und deutlich, welches Bewenden es mit unseren Befugnissen im Lande hat.

Schließlich waren es gerade für eine völkische Minderheit Daten von größter Wichtigkeit, sollte damit ja die steigende Zuwanderung an Hand von präzisiertem Zahlenmaterial abgeleugnet werden. Da es sich dann um Daten handelte, die für die Veröffentlichung bestimmt waren, ist diese Geheimnistuerei gelinde gesagt verwunderlich. Es wäre demokratisch, wenn dieses Zahlenmaterial auch den politischen Parteien zugänglich wäre. Wir müssen jedenfalls auf die Überprüfung dieser Unterlagen bestehen, auch weil immer wieder behauptet wird, und R.R. Mognioni hat dies in der Landtagssitzung ebenfalls wiederholt, unsere Bürgermeister hätten diese Daten geliefert und diese Tatsache bürgere voll und ganz für die Richtigkeit dieses Zahlenmaterials. Auf die im Grünbuch enthaltenen Daten werde ich später noch zurückkommen. Ich glaube, dieses Beispiel zeigt die Ohnmacht des Landesausschusses auf einem gerade für eine völkische Minderheit so wichtigem Gebiete auf; umsomehr als dem Lande die Zuständigkeiten hinsichtlich Gemeindeaufsicht und Betreuung der Gemeinden übertragen wurden. Von einem Schalten und Walten im Lande kann also keine Rede sein, weil man uns zudem vor allem die unangenehmen Aufgaben übertragen hat, wie Pflichtausgaben, Regelung der Nutzungsrechte, usw., während uns andere und gerade für eine völkische Minderheit äußerst wichtige Fragen wie Arbeitsvermittlung, Arbeitsämter, Regelung der

Zuwanderung usw. nicht in die Zuständigkeit übertragen wurden.

Gerade in letzter Zeit hat man in besonderem Maße und mit hartnäckiger Zähigkeit immer wieder betont, Italien als Partner des Pariser-Vertrages habe diesen erfüllt. Auch hiefür ein Beispiel, das den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis schonungslos aufzeigt. Der Art. 3 des Pariser-Vertrages sieht u.a. folgendes vor: *«Innerhalb eines Jahres von der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages*

a) in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschaftsoptionen, die sich aus dem Hitler-Mussolini Abkommen von 1939 ergeben, zu revidieren»....

Dieser Passus sieht auch die Regelung des großen Fragenkomplexes der Rückführung der abgewanderten Optanten vor. Eine Frage von weittragender Bedeutung! Wegen der Dringlichkeit der Lösung dieses Fragenkomplexes war dessen aufrechte Regelung termingebunden. So sollten innerhalb eines Jahres die entsprechenden Bestimmungen erlassen werden; dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil wie kaum anderswo, mit der zeitgerechten Regelung allein die positive Lösung und damit die Rückführung der abgewanderten Optanten möglich wurde. Man hat aber Jahre verstreichen lassen und damit die Rücksiedlung in der Mehrzahl der Fälle verunmöglicht. Als Beispiel erwähne ich das Gesetz vom 20.7.1952, Nr. 1008, das die Wiedereinstellung der infolge Option ausgeschiedenen Beamten vorsieht. Dieses Gesetz wurde fast 5 Jahre nach Vertragsabschluß erlassen. Was dieser Zeitverlust bedeutet und die Folgen davon beweisen folgende Tatsachen: Im Dezember 1953, also 1½ Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes, konnten lediglich 4 Richter und 2 Briefträger der Bestimmungen dieses Gesetzes teilhaftig werden. Alle übrigen hatten nicht die Möglichkeit 5 Jahre lang zuzuwarten; so mußten sie leider schweren Herzens auf die Rückkehr in die Heimat verzichten. Über die Mängel dieses Gesetzes wurde schon von anderer Seite Klage geführt. Ein fürwahr mageres Ergebnis eines Staatsgesetzes: 4 Richter und 2 Briefträger wurden mit Stand Dezember 1953 auf Grund dieses Gesetzes wieder eingestellt; bezeichnenderweise wurden 2 Richter in die alten Provinzen abgeschickt bzw. in das italienische Sprachgebiet versetzt, obgleich gerade bei Gericht in Südtirol die Doppelsprachigkeit im Argen liegt und infolge der faschistischen Politik der Prozentsatz an deutschen Richtern unglaublich gering ist. Es hätte deshalb wohl selbstverständlich sein müssen, daß diese wieder eingestellten Beamten in Südtirol verwendet würden. Dies müßte letzten Endes dem

elementaren Minderheitenschutz entsprechen. Es muß dann in diesem Zusammenhang auch auf die negativen Auswirkungen auf unsere studierende Jugend hingewiesen werden. Wie soll diese die Staatslaufbahn beschreiten, wenn sie nicht im eigenen Land Verwendung findet, um so mehr als eine schreiende Notwendigkeit besteht?

Während das Gesetz Nr. 1008 die Wiederaufnahme der Beamten in die staatlichen Stellen als Pflicht vorsieht, bleibt es nach diesem Gesetz den öffentlichen Körperschaften frei, die Wiederaufnahme vorzunehmen oder diese zu verweigern. Gerade bei den öffentlichen Körperschaften war der Prozentsatz an abgewanderten Südtirolern größer als in den Staatsämtern, weil die Politik des Faschismus bewußt die Südtiroler ausgeschlossen hatte. Mit welchen Methoden aber vorgegangen wurde, beweist folgendes Beispiel: Die Etschwerke, deren Eigentümer die Städte Bozen und Meran sind, haben sich im Spätherbst 1953 mit Generalversammlungsbeschluß für die Wiederaufnahme von 21 Personen erklärt. Natürlich durfte durch diese Aufnahmen der Gefolgschaft, die damals aus 250 Beamten und Angestellten bestand, die zu 95% der italienischen Volksgruppe angehörten, keinerlei Nachteil noch wirtschaftliche Schmälerung entstehen. Trotzdem wurde aber dieser Generalversammlungsbeschluß von der Gefolgschaft mit der Streikdrohung beantwortet. Ich weiß nicht, wie die Dinge jetzt stehen; es wäre deshalb interessant zu wissen, wie viele von den 21 Personen mittlerweile eingestellt wurden und welche Aussicht für die übrigen besteht. Wahrscheinlich werden nicht wenige wegen des über großen Zeitverlustes auf die Rücksiedlung und Wiedereinstellung bei den Etschwerken verzichtet haben. Und wenn man schließlich bedenkt, daß die Etschwerke szt. von deutschen Gemeindeverwaltungen und mit dem Geld deutscher Gemeindebürger errichtet wurden, dann ist dieses Verhalten um so befremdlicher.

Für die Regelung der Optionsfragen war ein Termin vorgesehen, der hinsichtlich Rücksiedlung nicht eingehalten wurde. Durch diese jahrelange Hinauszögerung wurde die Rücksiedlung, im Großen gesehen, hinfällig. Dabei kann kaum von objektiven Schwierigkeiten gesprochen werden, hatte doch die Mehrheitspartei, die D.C., ab April 1948 die absolute Mehrheit im Parlament und Senat. So hätten bei einigem guten Willen, sowohl diese Bestimmungen erfüllt werden können, wie auch die übrigen, soweit diese unsere Autonomie betreffen. Im gegenständlichen Falle geht es schließlich darum, die auf Grund eines internationalen Vertrages freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen; es geht nicht an, daß

diese Erfüllung von der bestehenden oder fehlenden Bereitschaft der gesetzgebenden Körperschaft allein abhängt. Es müßte deshalb die Möglichkeit bestehen, bzw. gefunden werden, die übernommenen Verpflichtungen konkret und zeitgerecht durchzuführen.

Auch ein anderer Punkt zeigt, daß mit den Engpässen, die wir im Parlament und Senat zu überwinden haben, und mit den Verzögerungen unsere Probleme, die Probleme einer völkischen Minderheit, nicht gelöst werden können. Als Beispiel, die längst fällige Gewährung der Pensionen an die Südtiroler Altlehrer. In April dieses Jahres konnte die «Dolomiten» mit Befriedigung berichten, daß endlich der gegenständliche Gesetzesantrag im Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Es war wirklich an der Zeit, sind doch seit Kriegsende 10 Jahre verstrichen; zudem handelt es sich um eine verhältnismäßig geringe Ausgabe in Höhe von zirka 54.000.000 Lire. Hier geht es dann um eine verdiente Berufsgruppe, die nicht aus eigener Schuld, wohl aber durch die Folgen des Faschismus in eine unendlich schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage gebracht wurde, deren Auswirkungen moralischer Natur nicht zu unterschätzen sind. Von diesen und ähnlichen Fällen spricht man freilich nicht, weil sie nicht in das Schlagwort von den mit Reichtümern gesegneten Südtirolern hineinpassen. Auch dieses Problem hätte bei einigem guten Willen in der Legislatur von 1948-1952 eine aufrechte Regelung finden können. Wohl wurden 1950 sowohl vom damaligen Ministerpräsidenten, wie vom Unterrichtsminister Zusicherungen gegeben. Man ließ aber alles versanden. Endlich nach 5 Jahren wurde der einschlägige Gesetzesantrag vom Parlament verabschiedet. Und wie stehen die Dinge jetzt? «Die Lehrerzeitung» vom 1. Juli 1955 teilt dazu mit: laut Mitteilung des Senators v. Braitenberg hat das Gesetz im Senat noch verschiedene Hürden, wie die Finanz- und die Unterrichtskommission zu nehmen. Nicht genug damit; Das Gesetz kann nicht verabschiedet werden, weil mittlerweile der erforderliche Fonds aufgebraucht wurde! Auch dies ist ein Beispiel dafür, daß auf diesem Wege unsere Probleme keine oder eine zu späte Regelung finden können.

Und nun komme ich zur Zuwanderung: der Gruppenführer der D.C. hat im Namen seiner Gruppe dazu folgende Erklärung abgegeben: *Es entspricht nicht den Tatsachen, daß eine unkontrollierte Einwanderung nach Südtirol stattfindet» ...Wie diesbezüglich die amtlichen Angaben klar beweisen, bewegt sich die Zuwanderung in sehr bescheidenen Grenzen».*

Mit den amtlichen Angaben kann natürlich

nur das Grünbuch des Staatsrates Innocenti gemeint sein. Und dazu werde ich jetzt anhand von italienischem Zahlenmaterial Stellung nehmen, denn bedauerlicherweise und auch dies dürfte ein klarer Beweis für die Ohnmacht unserer Autonomie sein, sind wir mit solchen Statistiken, die gerade für eine völkische Minderheit von größter Bedeutung sind, nicht versehen. Ich verweise nochmals auf die Geheimnistuerei mit den statistischen Erhebungen für das Grünbuch bei den Gemeinden. Allein die italienischen Statistiken, die ich überprüfen konnte, sagen mir, daß die Daten des Grünbuches nicht anerkannt werden können. Nach dem Grünbuch verzeichnen die Italiener, die in der Provinz Bozen ansässig sind, in fast 7 Jahren vom 31.12.1946 bis zum 31.10.1953 lediglich eine Zunahme von 12.639 Personen, während für die gleiche Zeit das Grünbuch eine Zunahme von 21.995 Deutschen und 429 Ladinern aufweist. Würden diese Zahlen stimmen, dann könnte man ohne weiteres unsere Beschwerden über die forcierte Zuwanderung abweisen und mit diesem Zahlenmaterial soll ja dieses Ziel erreicht werden. Die Zahlen stimmen aber nicht. Man könnte vorerst einmal die Frage stellen, warum ausgerechnet das Jahr 1946, dem in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zukommt, übergangen wurde.

Die Herren fühlen sich mit diesem Zahlenmaterial doch nicht sicher, weil die Tatsachen, die tagtäglich sich bestätigen, eine andere Sprache reden. Und daß man kein ruhiges Gewissen hat, beweist folgendes: gelegentlich der Vorsprache des Präsidenten des Regionalausschusses Adv. Odorizzi beim Ministerpräsidenten Scelba, die auch im Zusammenhang mit meiner Demission im Mai 1955 stattfand, wurde durch die offiziöse Presseagentur «Italia» eine Verlautbarung herausgegeben, die im «Adige» vom 20.5.1955 und in den übrigen italienischen Blättern erschienen ist. Demnach hätte Südtirol 354.000 Einwohner, von diesen sind auf einmal 240.000 Deutsche und nur mehr 114.000 Italiener. Im Vergleich zum Grünbuch, das mit dem Stand vom 31.10.1953 abschließt, hätten die Italiener in der Zwischenzeit eine Bevölkerungsabnahme von 568 Personen erfahren, während die Deutschen eine Zunahme von nicht weniger als 25.743 Personen aufweisen! Es ist unglaublich, wie man mit Zahlen umgeht, man jongliert frisch-fröhlich drauf los und alles nur mit der einzigen Absicht, die reale Lage, also die fortschreitende Zuwanderung, abzuleugnen. Auch etwas anderes ist erwähnenswert: diesmal hat man in Rom vollkommen vergessen, daß wir im Lande die Ladinern als dritte Volksgruppe haben. Man macht mit diesen hier aus durchsichtigen Gründen gewaltiges Aufheben, während man sie in

Rom übergeht. Auch für die Ladinern mag dies lehrreich sein. Schließlich ist es kein Zufall, daß die Ladinern ihr Volkstum dort erhalten haben, wo sie an deutsches Siedlungsgebiet angrenzen, während sie in den übrigen Gebieten wie Cortina, Fassa, usw. in der italienischen Sprachgruppe aufgegangen sind.

Beide oben zitierten Statistiken, die zudem im Widerspruch zueinander stehen, müssen als frisiert angesehen werden. Als Beweis hierfür kann die Zunahme der italienischen Stimmen für die Parlamentswahlen vom April 1948 bis zum Juli 1953, also für die Dauer von nur 5 Jahren, angesehen werden. Während Innocenti für den Zeitraum von fast 7 Jahren einen Personenzuwachs von lediglich 12.639 auswirft, haben vom April 1948 bis Juni 1953, also in 5 Jahren, die italienischen Stimmen in Südtirol um 14.846 zu genommen. In letzterem Falle handelt es sich dann ausschließlich um Wahlberechtigte, somit sind die nicht wahlberechtigten Familienangehörigen noch hinzuzurechnen. Es ist schließlich auch von italienischer Seite allgemein anerkannt, daß die Südtiroler ihre Stimmen allein der Südtiroler Volkspartei gegeben haben, sodaß der Stimmenzuwachs der italienischen Parteien allein durch die italienischen Jungwähler und vielmehr noch durch die Zugewanderten erfolgte.

Gerade diese Wahlstatistik zeigt, was von diesem Zahlenmaterial zu halten ist. Ich glaube, wir sind wirklich voll und ganz im Recht, zu verlangen daß endlich mit dieser Geheimnistuerei Schluß gemacht wird; dieses Material für Innocentis Grünbuch soll endlich in erster Linie dem Landesausschuß zur Verfügung gestellt werden und es muß vor allem eine Überprüfung der Unterlagen die szt. für Innocentis Grünbuch Verwendung fanden, ermöglicht werden.

Ein klare Beweis für die forciert vorangetriebene Zuwanderung ist das außerordentliche Wohnbauprogramm, das in der Provinz Bozen in den letzten Jahren und in steigendem Ausmaße, Durchführung findet. Ich beschränke mich hier auf die Stadt Bozen. Wiederum sind es nur italienische Statistiken u.zw. ist es die im «Adige» kürzlich erschienene Presseunterredung mit dem Leiter des Volkswohnbauamtes. Demnach sind auf Grund der verschiedenen Gesetze (G. 8.5.1947, Nr. 339; Tupini 1949 Nr. 408; Case per senzatetto - Gesetzesdekret 10.4.1947; Romita 9.8.1954, Nr. 640 INA 28.4.1949, Nr. 49) allein in der Stadt Bozen Wohnungen für Lire 3.687.720.000 entweder fertiggestellt oder in Ausführung gegeben worden.

Davon entfallen allein auf den INA-Plan Lire 1.450.000.000. Aus eigenem kommt dann die Stadtverwaltung von Bozen für den erforderlichen

Grundkauf in Höhe von 120.000.000 auf. Und offen sind noch die Beträge aus dem Romita- und Tupinplan für 1955-56. Ich glaube, daß dies der schlagendste Beweis dafür ist, daß die gelieferten statistischen Daten nicht stimmen, weil man ja alles tut, um hauptsächlich in Bozen und in geringerem Ausmaße in den übrigen Städten und teils auch am Lande Wohnungen zu bauen, die fast ausschließlich nur den Italienern zugute kommen. Es ist dann bezeichnend, daß dieses außerordentliche Wohnbauprogramm in der Provinz Bozen, und hauptsächlich in der Stadt Bozen, in keinem Verhältnis steht zu entsprechenden Aufwendungen in anderen Städten mit gleicher Bevölkerungszahl und ähnlicher Struktur, wie sie Bozen aufweist.

Welche Ziele aber mit diesem gewaltigen Wohnbauprogramm angestrebt werden, geht aus offiziellen Äußerungen hervor. So hat Unterstaats-Sekretär Scalfaro, der in der Regierung Scelba ausgerechnet für die Südtiroler Fragen zuständig war, anlässlich seines Besuches in Bozen, laut «*Alto Adige*» vom 5.9.1954 u.a. erklärt: «*Für die Italiener in der Provinz Bozen bestehen zwei Grundprobleme: Wohnung und Arbeit. Das Problem der Italiener in der Provinz Bozen ist die INCIS - Istituto Case Popolari - INA-Casa, denn beim ersten Windstoß könnten die Italiener sonst aus dem Lande gefegt werden (al primo colpo di vento potrebbe essere spazzato via)*».

Ich glaube, klarer und deutlicher kann man die Zielsetzung, die mit diesen Wohnbauten angestrebt und erreicht werden soll, nicht ausdrücken. Letzten Endes soll es soweit kommen: wir können ruhig draußen den Boden bearbeiten, besonders die Bergbauern, weil man auf Grund der Erfahrungen des Faschismus weiß, daß die Eingewanderten nicht imstande sind, sich auf dem Lande zu behaupten. Wohl aber sind es die Städte und die größeren Ortschaften. Dort sorgt man für Arbeitsbeschaffung und Wohnbauten, um die Majorisierung unserer Volksgruppe durchzusetzen. Bezeichnend ist, daß dieses Wohnbauprogramm in einer verhältnismäßig kurzen Zeit, und erst in diesen Jahren abgewickelt wurde, sodaß gerade im Zeichen der Autonomie diese gewaltigen Bestrebungen für Wohnraum- und Arbeitsbeschaffung, die fast ausschließlich nur den Italienern zugute kommen, durchgeführt wurden und in gleichem, wenn nicht erhöhtem Ausmaße, weiterhin zur Durchführung kommen.

Warum stehen denn ausgerechnet in Bozen, noch immer Barackenlager, Höhlen- und Trümmerwohnungen, die für die Zuwandernden das Sprungbrett bilden und immer wieder Anlaß geben, größere Bauprogramme zu verlangen? Bürgermeister Ziller soll im Jahre 1952 Zusicherungen

für deren Beseitigung gegeben haben, wie ist aber heute noch der Zustand?

Es ist gelinge gesagt irreführend, wenn der Sprecher der D.C. zu dieser Frage lediglich folgendes zu sagen weiss: «*Die Auswirkungen des Landeswohnbaugesetzes kommen vor allem dem deutschsprachigen Volksteil zugute*».

Im Vergleich zu den Milliardenaufwendungen für das staatliche Wohnbauprogramm, stehen die im Landes-Wohnbaugesetz ausgeworfenen Beträge in keinem Verhältnis. Auch sollte ja das Land zuständig sein auf dem Sektor des Volkswohnbaues. Immer noch aber ist diese Bestimmung, wohl auch mit bestimmten Nebenabsichten, toter Buchstabe geblieben. Und auch am Landes-Wohnbaugesetz haben die Italiener ihren Anteil. Dazu kommt, daß immer mehr auch der private Wohnbau, wie der genossenschaftliche, den Italienern in gleichem Ausmaße wie den Deutschen zugute kommt. Es entspricht nämlich nicht den Tatsachen, daß die Italiener — nach dem alten Schlagwort — den armen Bevölkerungsteil darstellen, während wir deutsche Südtiroler samt und sonders reich und vermögend sind.

Es wird dann immer wieder betont, die Zuwanderung entspräche einer natürlichen Entwicklung und es könne niemand daran gehindert werden, seinen Wohnsitz nach Südtirol zu verlegen. Die Voraussetzungen für diese angeblich natürliche Entwicklung sind aber nicht gegeben.

Deshalb bemüht man sich, die wirtschaftliche Lage Südtirols weiß Gott wie rosig zu schildern, auch um damit die steigende und forciert betriebene Zuwanderung zu rechtfertigen. Die Wirtschaft in der Provinz Bozen hat aber mit den gleichen Schwierigkeiten und im ähnlichen Ausmaße wie die Nachbarprovinzen zu kämpfen. Hierfür nur einige Beispiele:

Die Wechselproteste im Bereiche der Provinz Bozen haben sowohl an Zahl wie im Gesamtbetrage jene der Dreißigerjahre, die ausgesprochene Krisenjahre waren, um ein Mehrfaches überschritten! Natürlich wurde bei der Berechnung der inzwischen eingetretenen Wertdifferenzen in der Währung Rechnung getragen. Hier sehen wir ein bedrohliches Anzeichen und unsere Befürchtungen sind berechtigt.

Weiters verweise ich auf die immer mehr überhand nehmende Lizenzeninflation im Bereiche der Stadt Bozen. Über die Protestkundgebung der Kaufleute in der Bozner Handelskammer berichtet die «*Dolomiten*» vom 30.11.1954 folgendes: Am 1.1.1950 hatte Bozen bei 70.657 Einwohnern 1.075 En gros- und Detailgeschäfte. Am 1.7.1954 aber, also nur viereinhalb Jahre später, betrug die Einwohnerzahl 75.765, die En gros- und Detailgeschäfte

waren aber auf 1.488 angestiegen! Einer Bevölkerungszunahme von 7% steht eine Zunahme von Geschäften von 40% gegenüber. Auch diese Zahlen verdienen Beachtung. Sie beweisen, daß wir in Bozen übersättigt sind.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die zur Zeit des Faschismus zum Zwecke der Entnationalisierung geschaffene Industriezone hingewiesen werden. Viele Betriebe sind dort nicht standortgebunden, weshalb seit Jahren die Absicht besteht, gerade einige der wichtigsten wieder zurückzuverlegen. Aus politischen Gründen wurden diese wirtschaftlich zweckmäßigen Bestrebungen immer wieder vereitelt. Man führt diese Betriebe deshalb in Südtirol aus rein politischen Motiven weiter, um einen starken italienischen Bevölkerungsteil nachzuweisen und wendet dafür zusätzliche öffentliche Mittel in beachtlichem Ausmaße auf.

Auch das Argument, es werde mit der Zuwanderung in Südtirol, die in anderen Provinzen bestehende Arbeitslosigkeit behoben, ist keinesfalls stichhältig, weil auch bei uns — abgesehen von der politischen Zielsetzung — die realen Voraussetzungen fehlen. Auch mit einigen Tausenden Arbeitslosen, die allenfalls in Südtirol in den Arbeitsprozess eingegliedert werden, wäre dem Problem der Behebung der Arbeitslosigkeit in Italien kaum ein Dienst getan. Wohl aber erreicht man damit schrittweise die Majorisierung der Südtiroler.

Südtirol ist schließlich der bescheidene Lebensraum unserer völkischen Minderheit; es ist unser Recht, in unserem Lande Existenz und Fortkommen zu finden. Wenn diese Entwicklung aber dermaßen weitergetrieben wird, dann ist der Zeitpunkt nahe, wo die Existenzmöglichkeiten erschöpft sind. Auch im Zusammenhang mit dem Höfegesetz besteht die unbedingte Notwendigkeit, daß den Weichenden die Existenzmöglichkeiten gewährt werden. Weil die Sonderwettbewerbe fehlen, weil bei den geltenden Bestimmungen keinerlei Gewähr für eine erfolgreiche Teilnahme an Wettbewerben für Stellenbesetzungen besteht, fehlt für die Weichenden weithin die Möglichkeit, eine Existenz zu gründen. Im Sinne des selbstverständlichen Schutzes der völkischen Minderheit muß mit der forciert betriebenen Zuwanderung Schluß gemacht werden. Leider muß ich die Ansicht des Herrn Panizza teilen, wonach es sich um keine unkontrollierte Zuwanderung handelt. Die Zuwanderung ist insoferne kontrolliert, als alles geschieht um sie zu lenken und zu leiten, um den Zuwandernden Existenz und Unterkunft zu geben. Auf diesem Wege sollen wir in die Minderheit versetzt werden.

Nicht genug damit, bemüht man sich die allfällige Abwanderung zu hintertreiben. Auch hie-

für ein Beispiel: die «Opera Nazionale Combattenti» hat nach dem ersten Weltkrieg den enteigneten reichsdeutschen Besitz in der Nähe in Sinich bei Meran, es handelt sich um ausgedehnte landwirtschaftliche Betriebe, übernommen und Halbpächter aus den alten Provinzen dorthin gesetzt. Wiederholt war die Rede von der Veräusserung dieses Besitzes. In diesem Falle hätten die Rechtsansprüche der Halbpächter vollen Schutz genossen, ja bei dem Landhunger, der bekanntlich im Gebirge herrscht, hätte die Abfertigung allenfalls für eine Existenzgründung in den alten Provinzen ausreichen können. Aus politischen Gründen hat man aber gegen diesem möglichen Verkauf Stellung bezogen. Laut «Alto Adige» vom 11.6.1955 hat der D.C. Abgeordnete Facchin schriftlich Unterstaatssekretär Scalfaro ersucht, den Verkauf dieser Liegenschaften zu verhindern. Dem Antragsteller wurden Zusicherungen gegeben und in der Antwort wurde ausdrücklich auf die politische Zielsetzung hingewiesen....

Seit Monaten wird gegen uns eine Verleumdungskampagne abgewickelt, ohne daß von einer Seite Richtigstellungen vorgenommen werden. Und der übelste Teil in dieser Kampagne ist der Vorwurf, der gegen uns erhoben wird, wir paktierten mit dem Kommunismus, um das Südtiroler Problem neuerdings aufzurollen. Wiederholt war dies in der italienischen Presse und in der italienischen Lokalpresse zu lesen.

Den Gipfelpunkt hat das Tagblatt «Alto Adige» vom 22. Juni 1955 erreicht. Es verstieg sich zur Behauptung, in unserem Raume sei die Tätigkeit der Südtiroler Volkspartei für Italien gefährlicher als die Wühlarbeit des Kommunismus. Ich glaube eine solche Stellungnahme eines sogenannten unabhängigen und bürgerlichen Organes zeigt klar auf, wohin man kommt, wenn die einzige Richtlinie in der chauvinistischen Grundhaltung gegeben ist. So mag es angebracht sein, die Wechselwirkungen von Zuwanderung und Zunahme des Kommunismus an Hand der Wahlergebnisse aufzuzeigen. L. Abg. Dr. Schatz hat gestern die Ergebnisse der Betriebsratswahlen gebracht, die interessante Aufschlüsse gaben. Ich werde diese Daten mit den Wahlergebnissen ergänzen. Für das Parlament haben im Jahre 1948 13.229 Italiener in Südtirol der Volksfront ihre Stimme gegeben, im Jahre 1953, also fünf Jahre später, haben 19.549 Italiener der kommunistischen und der sozialistischen Partei Nennnis ihre Stimme gegeben. Der Stimmenzuwachs beträgt demnach 6.320. Nachdem die Zunahme an italienischen Stimmen insgesamt 14.846 beträgt, entfallen mehr als 40% des Gewinnes auf die verbündeten Kommunisten und Nennisozialisten.

Noch klarer ist das Ergebnis und bedrohlicher zeigt sich die Zusammenballung der linksradikalen Wähler in der Stadt Bozen. In Bozen wurden im Jahre 1948 für die Volksfront 7.006 Stimmen bei den Parlamentswahlen abgegeben, im Jahre 1953 waren es 10.369, die Zunahme beträgt 3.363 Stimmen. Über die Hälfte der auf die Linksradikalen entfallenden Gesamtstimmenzunahme in der Provinz Bozen rekrutiert sich aus der Stadt Bozen.

Wie sieht es dagegen in unserer Volksgruppe aus? Weder 1948 noch 1953 wurden Stimmen der deutschen Südtiroler für die kommunistische und nennisozialistische Partei abgegeben. Die Landtagswahlen erbrachten 1948 804 Stimmen und 1952 nur 606 Stimmen, hier handelte es sich aber nicht um eine kommunistische Liste, deren Wähler waren mehrheitlich Sozialdemokraten. Daraus ergibt sich klar und deutlich, wo der antikommunistische Hort in Südtirol ist. Damit sind auch die Aufgaben der von den Mittelparteien gebildeten italienischen Regierung umschrieben: mit der Zuwanderung wird der Kommunismus immer mehr ins Land gebracht und dies noch dazu in einem Moment, in welchem unserem Gebiet in strategischer Hinsicht eine viel größere Bedeutung zukommt. Es ist deshalb nicht allein in unserem Interesse, daß der Südtiroler Volksgruppe Gerechtigkeit zuteil wird; der erste Schritt in dieser Hinsicht ist das Abstoppen der weiteren forciert betriebenen Zuwanderung.

Ehe ich abschließe, sei es mir gestattet, noch die Verlautbarung des Aussenministeriums vom 18.6.1955 zu streifen. Der Anlaß war die Eröffnung der österreichischen Buchausstellung in Bozen. Mit dieser Verlautbarung sollte der Nachweis erbracht werden, daß Italien den Pariser Vertrag erfüllt hat. Ein sonderbarer Geist hat aus dieser Verlautbarung gesprochen: ist es wirklich als Verdienst der italienischen Regierung anzurechnen, daß wir eigene Abgeordnete und Senatoren haben und in Landtag und Regionalrat entsprechend vertreten sind! Kommt dies nicht einem Rückfall in faschistische Gedankengänge gleich? Fehlten uns gewählte Vertreter? Der Vorwurf müßte dann auf unser Volk fallen, weil es von den demokratischen Möglichkeiten nicht Gebrauch macht. Als Verdienst einer demokratischen Regierung kann man aber diese Tatsache nicht buchen. Und der Hinweis auf die eigenen Zeitungen! Daß wir dann deutschsprachige Schulen haben, sollte gleichfalls selbstverständlich sein. Nebenbei ist uns die Verwaltung des deutschen Schulwesens noch immer vorenthalten. Und wenn es sich die Regierung als Verdienst unrechnet, daß 90% des Grundbesitzes noch immer in deutscher Hand ist, dann kann gesagt werden, daß es vor 30 Jahren noch 100% wa-

ren. Die 10% sind weiterhin verloren, weil zum Teil der Entebesitz noch immer nicht zurückgestellt wurde. Man arbeitet hier mit mittelalterlichen Begriffen: der Grundbesitz hat heute bei weitem nicht mehr jene Bedeutung, die man ihm beimessen will und gerade im Gebirge nicht. L. Abg. Walter Amonn hat gestern an Hand von überzeugendem Zahlenmaterial nachgewiesen, daß sich die Angehörigen der italienischen Volksgruppe in Südtirol wichtige wirtschaftliche Positionen geschaffen haben, so vorallem in der Industrie, in Handel und Gewerbe, in den freien Berufen; der mittlere und hohe Beamtenstand ist fast ausschließlich italienisch. Es zeugt dann von schlechtem Geschmack, wenn die Regelung der Kriegspensionen als Verdienst der Regierung dargestellt wird. Trotz der Verabschiedung des Gesetzes haben wir Südtiroler Kriegsversehrte bis zum heutigen Tage und nach mehr als 10 Jahren Frieden keine Lira an Pensionen erhalten. Die Regelung weist zudem erhebliche Mängel auf.

Auf einen Punkt in der Verlautbarung des Aussenministeriums muß besonders verwiesen werden. Es heißt da, die österreichische Presse befasse sich nur deshalb mit Südtirol, weil die Südtiroler, nur einige wenige Südtiroler, agitieren und schüren. Also, das Ausland wäre an Südtirol ganz uninteressiert, wenn nicht eine kleine Schicht in Südtirol sich dafür verwendete. Mit dieser Feststellung soll die Verantwortung für die Haltung und Stellungnahme des Auslandes uns in die Schuhe geschoben werden. Mit dieser Auslegung wird Österreich auch das Recht, das schließlich sogar Pflicht ist, abgesprochen, sich für Südtirol zu verwenden, obgleich Österreich Vertragspartner ist. Südtirol ist dann ein Reiseland und es soll unbenommen bleiben, daß der Reisende mit offenen Augen durchs Land geht und seine Eindrücke wiedergibt. Und vor allem: Südtirol gehört zum deutschen Kulturraum, so sollte es nicht verwundern, wenn sich die Deutschen um die Belange unserer Volksgruppe kümmern.

Nach dem was ich ausgeführt habe, muß leider festgestellt werden, daß nach 6½ Jahren Autonomie und nach 9 Jahren Pariser Vertrag unsere Belange keine befriedigende Regelung gefunden haben und unsere Rechte noch nicht gesichert erscheinen. Besonders durch die forciert vorangetriebene Zuwanderung ist die deutsche Volksgruppe in Südtirol aufs schwerste gefährdet.

Unsere Beschwerden und Klagen, die einzig aus der schweren Sorge um unsere Zukunft fließen, werden aber von der D.C. in ihrer Stellungnahme auf folgende Weise abgetan: *«Die künstliche Entfaltung gefährlicher Leidenschaften wird ihr Ende finden, sobald die Wahrheit sich durch die*

Tatsachen Bahn gebrochen haben wird und diese Tatsachen werden alsdann über das Zeugnis ablegen, was ein demokratisches und christliches Italien im Grenzland Südtirol vollbracht hat».

Man muß sich fragen, was in dieser Stellungnahme größer ist, die Heuchelei oder ein beabsichtigter Gimpelfang! Denn wahrscheinlich wird auch dieses Memorandum, wie jenes des Gruppenführers Dr. Dalvit im Regionalrat, unseren Leuten gratis und franko ins Haus geschickt.

Eine Tatsache ist für uns klar: wenn die Entwicklung weiterhin diesen Lauf nimmt, also einerseits forciert betriebene Zuwanderung und andererseits steigende Zentralisierung der Regionalautonomie in Trient gemäß den Bestrebungen der Trentiner Mehrheit, dann müssen wir im eigenen Lande in die Minderheit geraten und damit wird Südtirol abgeschrieben werden. Überdies hat man noch die Unverfrorenheit, die Stellungnahme des Herrn Landeshauptmannes als eine «Verstrickung in den Chor der nationalistischen Wühlarbeit» darzustellen. Nunmehr wissen wir Bescheid!

Nach 6½ Jahren Erfahrung ist es an uns, eine nüchterne und klare Bilanz zu ziehen. Entsprechend diesem Rechenschaftsbericht liegt es an uns, auch gemäß dem Auftrag, der uns von unseren Wählern erteilt wurde, mit voller Kraft für den Schutz unserer Rechte einzutreten. So möge es gelingen, trotz der großen Schwierigkeiten, der Gefahren, die uns bedrohen, Herr zu werden, Gefahren die vor allem in der Zuwanderung und in der in Trient zentralisierten Regionalautonomie liegen.

MITOLO (M. S. I.): La traduzione.
(Si traduce - Übersetzung).

DIETL (S. V. P.): Ho citato quell'altro slogan, che dobbiamo dare lavoro alle persone disoccupate delle altre Province. Questo slogan fino ad un certo punto non ha da esistere perchè se mai si tratterebbe di qualche migliaio che può essere occupato in Provincia di Bolzano e con ciò la disoccupazione nel resto dell'Italia non si risolve e si mira esclusivamente con tutto ciò all'immigrazione forzata per portarci prima o tardi in minoranza. Devo dire che la traduzione non corrisponde affatto e che neanche le cifre e i dati che sono stati esposti, risultano esattamente riportati. Specialmente per quanto riguarda l'art. 14, devo fornire poi alla stampa i dati precisi.

PRESIDENTE: Se il cons. Dietl ha delle osservazioni le faccia pure sul processo stenografico, non è possibile che un discorso così lungo possa essere tradotto perfettamente a posto.

DIETL (S. V. P.): Sarebbe stato meglio di interrompere prima, comprendo fino ad un certo punto che è troppo difficile.

PRESIDENTE: Non è possibile dare una traduzione perfetta.

DIETL (S. V. P.): Dico che in casi simili, trattandosi di discorsi di un'ora e più, si dovrebbe lasciare un intervallo perchè la traduzione sia corrispondente. Devo purtroppo dire che quasi in tutti i punti della traduzione mancava la connessione e anche i dati sono errati.

MITOLO (M. S. I.): Di fronte alla dichiarazione di Dietl chiedo che si dia il tempo adesso al traduttore per rimediare alla traduzione che Dietl dichiara non corrispondente al suo intervento.

DIETL (S. V. P.): Farei la proposta di andare avanti ora e poi nel periodo intermedio mi metto in relazione col traduttore e gli fornisco tutti gli elementi. La traduzione può quindi riprendere nel pomeriggio, nel periodo intermedio fornisco tutti i dati di modo che la traduzione sia esatta.

PRESIDENTE: Allora va bene. Adesso continua la discussione con un altro intervento; nella pausa il cons. Dietl si mette in contatto con il traduttore e nel pomeriggio la traduzione viene ripresa con questi altri elementi.

E' iscritto a parlare il cons. Stoetter.

MITOLO (M. S. I.): Anche Stötter! Finalmente è arrivata anche la tua ora!!!

STÖTTER (S. V. P.): Es ist wohl selbstverständlich, und die einleitenden Worte des Herrn Amonn waren fürwahr überflüssig, dass jeder einzelne von uns voll und ganz zu den Ausführungen des verehrten Herrn Landeshauptmannes steht und sich zu dem Inhalt dessen, was von ihm hier endlich und feierlich zum Ausdruck gebracht wurde, völlig solidarisch erklärt.

Klar und wahr war jeder einzelne Satz, den er geprägt hat.

Und wenn auch nachträglich mit raffinierter Verdrehungsakrobatik alles versucht wurde, seine Behauptungen zu entkräften und sogar gewagt wurde, ihm die Berechtigung zu solchen Ausführungen abzuerkennen, so bleibt, nachdem was man gestern alles zu hören bekam, die Tatsache bestehen, dass es beim blossen Versuch geblieben ist und es nicht gelungen ist, dem Südtiroler Volk die Genugtuung zu nehmen, vom berufensten

Munde ohne jede Übertreibung oder tendenziöser Spitze die geballte Wahrheit zu erfahren!

Es bliebe höchstens noch so manches zu ergänzen, ja so manches sogar erst aufzurollen, von dem Herr Landeshauptmann keine Erwähnung machte und doch auch irgendwie mit dazu beigetragen hat, die vorhandene Unzufriedenheit auszulösen.

Einiges davon wurde bereits aufgezeigt, so manches wird im Laufe der Debatte noch aufgezeigt werden, und auch ich werde mir erlauben, auf ein paar charakteristische Begebenheiten, die geeignet sind, unseren Notstand zu unterstreichen, zurückzukommen.

Vorderhand aber möchte ich mich mit einigen, vom christlichdemokratischen Gruppenführer, Herrn Panizza, gebrauchten Redewendungen befassen, vordringlich aber mit dem letzten Satz seiner Erklärung, indem er sagt: «Die Bevölkerung Südtirols sei versichert, dass das demokratische Italien nie und nimmer ihre völkischen Rechte missbrauchen wird, und zwar nicht etwa aus selbstverständlicher Achtung vor internationalen Abmachungen, sondern vor allem deshalb, weil es ein Wesenszug des italienischen Volkes ist, anderen mit Achtung und Verständnis zu begegnen».

Nach den bisher gemachte Erfahrungen kann demgegenüber jeder echte Tiroler mit Goethe zitieren: «Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube».

Wenn diese Ausserungen nämlich der Wahrheit entsprächen, wäre die derzeit vorhandene und so sehr beklagte Spannung gar nicht existent, ja sie wäre geradezu nicht möglich.

Auch der vorangehende Satz, der von künstlicher Entfaltung gefährlicher Leidenschaften spricht, wird hinfällig, wenn man den eben erwähnten Nachsatz als eine Unwahrheit bewertet, wozu Grund genug vorhanden ist.

Zumindest trifft dies auf die Vergangenheit zu. Sollte die Ausserung aber als Versprechen für die Zukunft geprägt sein, so verarge man uns nicht, nachdem viel versprochen, wenig aber gehalten wurde, bzw. vielen Zusicherungen der wahre Inhalt genommen wurde, jeglichem Versprechen gegenüber argwöhnisch zu sein.

Verfallen Sie ja nicht in den Irrtum, meine Herren, zu glauben, dass die Presse und noch viel weniger Erklärungen von Abgeordneten imstande wären, gefährliche Leidenschaften künstlich zu entfachen und das Arbeit, Ordnung und Frieden liebende Südtiroler Volk aufzupeitschen! Wenn es beunruhigt ist, so ist das vielmehr auf die Unfähigkeit, eine Minderheit zu behandeln, ihr mit Achtung und Verständnis zu begegnen, zurückzuführen, insbesondere durch die vielen aus

dem früheren Regime übernommenen Beamten, wovon es natürlich, was nicht unerwähnt bleiben möge, auch löbliche Ausnahmen gibt.

Neun Jahre wäre nun Gelegenheit vorhanden gewesen zu beweisen, fähig zu sein, eine Minderheit zu behandeln. Der gute Wille allein hätte genügt. Wäre der Beweis dieses guten Willens erbracht worden, so wäre das auf Gegenseitigkeit beruhende und in beiden Lagern bestehende Misstrauen nicht vorhanden, das letztlich die Hauptursache so vieler Missverständnisse und davon sich ergebender Reibungen ist. Es von heute auf morgen zu beseitigen wird kaum so schnell gelingen, weil es nun einmal zu tief in unserem Volke verwurzelt ist und zwar nicht so sehr aus Tradition oder als Reaktion der in früherer Zeit gemachten Erfahrung, sondern hauptsächlich weil insbesondere das einfache Volk immer wieder genötigt wird, schlimme Erfahrungen zu machen und immer wieder Taten vorgesetzt bekommt, die den vielgebrauchten Worten von friedlichem Zusammenleben, von demokratischer Ordnung, von Gleichberechtigung usw. Hohn sprechen.

Gestatten Sie mir, einige Beispiele zur Bekräftigung meiner Behauptungen anzuführen:

1.) Am Fronleichnamstag 1955 wurde der Musikappelle Tschöfs das Weiterspielen des Heimatliedes «Wohl ist die Welt so gross und weit» auf energische Weise und unter Androhung von Arrest eingestellt. Ich glaube nicht, dass es ein österreichischer Gendarm im Trentino jemals gewagt hat, diesen das Singen der «Montanara» zu verbieten. Die vielgeschmähten Wachmannschaften der Wehrmacht hätten sich nie erdreistet, den russischen Gefangenen das Absingen des Wolgaliedes einzustellen.

Dass ein derartiger Machtmissbrauch und die Mentatilität, die dahinter steckt, nicht geeignet ist, die Atmosphäre zu entgiften, sondern lediglich geeignet ist, Verachtung und Misstrauen zu erzeugen, liegt auf der Hand.

2.) Dass die Bevölkerung von Kaltern aufgebracht ist, darf nicht Wunder nehmen, wenn eine weiss-rote Turmbeleuchtung (wobei das Weiss elektrischen Lichtes angezweifelt werden kann) am Herz Jesu-Sonntag 1955 das Einschreiten der Karabinieri auslöst.

3.) So berechtigt es im Trentino und im übrigen Italien sein mag, den 4. November als Staatsfeiertag zu begehen, so ungeschickt ist es, zu verlangen, dass er auch in Südtirol gefeiert wird, sind doch an diesem Tage, um die Worte des Herrn Panizza zu gebrauchen, «all die Vorzüge einer demokratischen Ordnung» zerbrochen, wie sie später nie mehr so tief erlebt werden konnten.

4.) So einigermaßen zufriedenstellend es mit der Doppelsprachigkeit bei den Ämtern des Landes und der Region funktioniert, so mangelhaft ist es bei den meisten übrigen Ämtern damit bestellt. Probieren sie einmal, bei einem bestimmten Beamten am Bahnhof in Sterzing eine Fahrkarte für die nächste Station Freienfeld zu verlangen, so werden sie ihn wütend werden sehen und zornig rufen hören, er verstehe sie nicht, nicht weil er nicht wüsste, wo Freienfeld ist, sondern weil er einfach nicht will. Probieren sie einmal, ohne Dolmetscher zu einer Finanz- und Karabinierwache zu gehen, sie werden bald unverrichteter Dinge abziehen und mit einem Dolmetscher erscheinen. Es nützt wenig, wenn einem bloss das Recht zusteht, man muss auch davon Gebrauch machen können.

5.) Und es ist nicht so, wie gestern behauptet wurde, dass sich die Südtiroler nicht zu den Stellenwettbewerben melden. Bloss die so selten Wirklichkeit gewordene Aussicht auf Erfolg hält sie vielfach davon ab. Allein aus der Gemeinde Freienfeld meldeten sich voriges Jahr 10 Südtiroler Burschen zum ausgeschriebenen Stellenwettbewerb als Handlanger für die Eisenbahn. Alle 10 fielen schon bei der ärztlichen Voruntersuchung durch, obwohl sie für die Alpini-Truppe für voll und ganz tauglich befunden wurden. Kann man diesen Burschen verargen, wenn ihnen der Verdacht aufsteigt, man will sie nicht, weil sie Deutsche sind und die Untersuchung sei bloss der amtliche Deckmantel, um zu vertuschen, was man nicht offen aussprechen will.

Wie Sie aus diesen paar Beispielen ersehen, sind es nicht die Presse und andere wenige Propagandaträger, die Misstrauen im Lande säen, sondern die ungeeignete Behandlungsmethode, das Fehlen an Verständnis; und auf Südtiroler Seite das dadurch gezeugte Misstrauen schönen Worten gegenüber, die man nicht zu erfüllen gedenkt.

Bemühen Sie sich, weniger zu versprechen, mehr zu halten, zumindest schrittweise umzuleren in der Behandlungsmethode und die Erfolge werden nicht ausbleiben und es wird wieder Friede einziehen in diesem nun so lange schon friedlosen Lande.

MITOLO (M. S. I.): La traduzione!
(Si traduce - Übersetzung).

UNTERRICHTER (S. V. P.): Es liegt mir ferne, die Meinungsverschiedenheiten noch weiter zuzuspitzen. Im Gegenteil, wir sind alle, die wir der deutschen Volksgruppe angehören, von dem Bestreben erfüllt, im Rahmen der gegebenen Verträge, Gesetze und Tatsachen diese Meinungs-

verschiedenheiten ehrlich und loyal zu lösen. Allerdings kann und darf diese Ehrlichkeit und Loyalität nicht mehr so weit gehen, dass sie sich ausschliesslich zum Schaden unserer Volksgruppe auswirkt. Wir haben für den Geist eines Neuen Europas Opfer über Opfer gebracht, wir haben ehrlich versucht, im Rahmen der internationalen Verträge und der italienischen Verfassung unser Leben in Südtirol loyal zu gestalten. Es ist tief bedauerlich und auf die Dauer unhaltbar, wenn wir immer wieder feststellen müssen, dass man unserem Volk, das zu den ruhigsten und arbeitssamsten Bevölkerungsteilen dieses Staates zählt, die Erfüllung der internationalen, staatsprechlich zustehenden Rechte nicht nur vorenthält, sondern sogar darüberhinaus offen auf seine Aufsaugung in dem italienischen Volkskörper hinarbeitet. Die Äusserungen des italienischen Unterfertigers des Pariser Vertrages, dem wir angeblich dankbar sein sollten, der aber offen von dem Ziele der Entdeutschung unserer Volksgruppe sprach; die brutalen, drohenden Äusserung in diesem Hause und die Äusserungen der italienischen Presse sprechen eine zu klare Sprache in dieser Hinsicht. Trotz des Pariser Vertrages, trotz der uns zugesicherten, aber nur tropfenweise gewährten Autonomie sind die Grundlagen unserer Existenz als Volksgruppe; unser Volksboden und unsere Sprache mehr denn je bedroht. Was den Volksboden, den Schutz unseres deutschen Landes Südtirol betrifft, spricht der Pariser Vertrag zwar eine, für ehrlich Gesinnte, klare Sprache. In der Praxis aber wird er uns durch eine nicht nur geduldete, sondern sogar gelenkte Unterwanderung in wenigen Jahrzehnten endgültig geraubt sein. Laut Artikel 1 des Pariser Vertrages haben die deutschsprachigen Einwohner der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient eine volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern zum Schutze des Volkscharacters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles. Was heisst nun «volle Gleichberechtigung»? Volle Gleichberechtigung kann nicht nur die formale politische Gleichberechtigung, sondern auch die Gleichberechtigung in völkischer Hinsicht sein, d.h. der Verzicht auf einseitiges Einsetzen der Staatsmacht zu Gunsten des einen und zu Ungunsten des anderen Volkstums. Die Gleichberechtigung ist nicht gegeben, wenn sie die naturgegebenen biologischen und historischen und kulturellen Unterschiede der Staatsbürger nicht berücksichtigt. Volle Gleichstellung und Gleichberechtigung heisst für uns die Anerkennung der Doppelstellung, die wir einnehmen in diesem Staate und zwar einerseits als

italienische Staatsbürger und andererseits als Angehörige des deutschen Volkes in Europa. Ist die im Pariser Vertrag verankerte Gleichberechtigung von den italienischen Regierungen nun tatsächlich praktisch durchgeführt worden? Die Antwort ist unbefriedigend und lautet leider nein! Während die Südtiroler Bevölkerung sich ruhig, arbeitsam und loyal verhält, erfüllt die italienische Regierung nicht die eingegangenen Verträge und gibt Anlass zu unaufhörlichen Klagen über die Bedrohung, Einschränkung und den Raub unseres Volksbodens und unserer Sprache. Diese vielumstrittene Unterwanderung ist wohl unleugbar. Kollege Dietl hat vor kurzem wieder weiteres Zahlenmaterial vorgelegt. Aber wenn wir ganz im Grossen sehen, so ist es doch, ohne auf die Spitzfindigkeiten der amtlichen Statistiken überhaupt nur einzugehen, eine unleugbare Tatsache, dass in diesem Lande im Jahre 1919 nur 3% Italiener waren, während sie, nachdem man dieses Land befreit hatte, im Jahre 1921 8%, 1939 bereits 34% waren, um sich schliesslich im Jahre 1953 auf 38% zu steigern. Wer kann bei diesen klaren Tatsachen eine Unterwanderung und massive Einwanderung in dieses Land leugnen? Die Berufung auf die italienische Verfassung ist absolut nicht stichhaltig. Nationales Recht und staatliche Gesetzgebung haben sich völkerrechtlichen Verpflichtungen zu unterwerfen, umso mehr wenn außerdem ein internationaler Vertrag, wie es der Pariser Vertrag ist, eingegangen wurde. Unser Volksboden wird aber nicht nur nicht geschützt, sondern Italien fördert ausdrücklich die Unterwanderung. Ohne weiter auf die bereits mit vielen Daten belegten Bestrebungen der italienischen Regierung einzugehen, möchte ich in dieser Hinsicht doch noch das Gesetz über die Verstädterung streifen, das man in ganz Italien anwendet, aber nicht in Südtirol. Für Triest wurde es wie wir wissen, sofort eingeführt, während es für Bozen, es liegt diesbezüglich ein Schreiben des Vice Kommissärs an den Bürgermeister von Bozen vor, nicht angewendet werden darf. Die Zuweisung von Wohnungen, die mit Staatssubventionen errichtet werden, wird so gehandhabt, dass von 1817 nach 1945 erbauten Wohnungen ganze 128 an Südtiroler vergeben wurden. Das vom Faschismus geschaffene Entnationalisierungsorgan unserer Jugend, die ONAIR, bekommt reichliche Mittel, um im alten Geist deutsche Kinder in italienischen Kindergärten italienisch erziehen zu können. Während wir um die Errichtung und Finanzierung einiger Kindergärten streiten, hat die italienische Volksgruppe des Trentino im alten Österreich sich weder um Kindergärten bemühen müssen, noch um Volksschulen, oder Mittelschulen, sondern ihr

Bestreben ging dahin, auch für diese kleine Volksgruppe im österreichischen Staat eine Universität zu erreichen. Ferner wissen wir, wie das Gesetz über die Arbeitsvermittlung gehandhabt wird und wie die Bevorzugung der ansässigen Arbeitslosen, die durch das Gesetz vorgeschrieben ist, nicht oder nur sehr mangelhaft eingehalten wird. Das Ente delle Tre Venezie hat heute noch 600 deutsche Besitze in Verwaltung und verkauft sie nicht oder nur sehr schwer an Einheimische. Die Laaser Marmor-Werke, die bestimmt nichts mit einer landwirtschaftlichen Verbesserung zu tun haben, werden heute noch von diesem Ente in eigener Regie betrieben und es werden dort 200 italienische Arbeitskräfte in einer ganz deutschen Gemeinde beschäftigt. Die Anerkennung des Ansässigkeitsrechtes in Bezug auf die lokalen Wahlen wird auch nicht so gehandhabt, wie es der Artikel 19 des Autonomiestatutes vorschreibt. In die Wahlgesetze wurde die Sesshaftigkeitsklausel nicht aufgenommen. Andererseits haben wir das sizilianische Wahlgesetz, das entweder die Geburt in Sizilien verlangt oder fünfjährige ununterbrochene Ansässigkeit, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Man sieht: was der einen Region billig ist, wird der anderen nicht gewährt. Sind dieses nun alles Massnahmen zum Schutze des Volkscharakters? Offensichtlich nein! Tatsächlich wird von der italienischen Presse der Standpunkt vertreten, dass die ethnischen Schutzklauseln sich lediglich auf die einzelnen deutschsprachigen Einwohner, nicht aber auf die Volksgruppe als Ganzes, auf das Land, Bezug hätten. Eine Förderung oder Zulassung der Zuwanderung nach Südtirol bedeute daher keine Vertragsverletzung. Die italienische Regierung hat sich leider bisher noch nie hierüber klar geäußert. Allerdings führt sie praktisch diese Ideen, aus. Es ist grundlegend notwendig, unseren Standpunkt zu klären. Wenn der Artikel 1 des Pariser Vertrages vom Schutze des Volkscharakters spricht, so ist zweifellos der Schutz des Volkes und des Volksbodens gemeint. Eine einzelne Person besitzt zweifellos keinen Volkscharakter. Ebenso wenn weiter von dem deutschsprachigen Bevölkerungsteil die Rede ist, ist die ganze Volksgruppe gemeint. Der Artikel 1 spricht davon, dass die besonderen Rechte den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient gewährt werden. Warum hat man wohl das Wort «benachbart» eigens in diesen Artikel eingefügt? Dies geht ganz klar aus den ethnischen Gegebenheiten hervor. Es gibt auch in der Provinz Trient Deutsche, und diesen Deutschen hat man die besonderen Rechte des Pariser Vertrages eben nicht zukommen las-

sen wollen; daher hat man das Gebiet, dem diese Rechte zuerkannt werden, klar umgrenzt und hat festgelegt, dass nur die benachbarten, also die an die Provinz Bozen grenzenden Gemeinden ein Anrecht auf diesen Pariser Vertrag hätten. Hätte man hingegen diese Rechte nur mehr den einzelnen deutschen Bürgern zukommen lassen wollen, hätte es ebenso genügt, in ein Nationalregister der ganzen Region alle Deutschen einzutragen, und diese einzelnen Deutschen hätten dann die besonderen Rechte genossen. Wir haben Ähnliches in anderen Minderheitenrechten in Europa. In unserem Falle hingegen hat man das Gebiet klar umgrenzt und hat sogar andere Gemeinden und Fraktionen und Bürger, die sich in der Provinz Trient befinden, ausdrücklich hiervon ausgenommen. Nun ist eine Volksgruppe nicht geschützt, wenn sie planmässig unterwandert wird und ihrer Sprache die Gleichstellung mit der Staatssprache verweigert wird. Was die Sprachenfrage anbelangt, hat gestern Dr. Magnago klar genug dargelegt, wie auch von juridischer Seite aus die Auslegung seitens der Regierung absolut mangelhaft ist. Trotz des Pariser Vertrages ist unsere deutsche Sprache, die seit Jahrhunderten die einzige Landessprache ist, heute nur mehr in diesem Lande geduldet, geduldet in einem Lande, das mit die Wiege der deutschen Sprache und Dichtung war. Die Sprachenfrage ist für uns so lange ungelöst als die deutsche Sprache, unsere Landessprache, lediglich geduldet wird, und die Südtiroler Bevölkerung im öffentlichen Leben sich der italienischen Sprache bedienen muss; damit es ihr gelingt, so gut sie kann, ohne Zeitverlust und ohne Komplikationen voranzukommen. Bedenken wir doch, dass von 2300 Staatsbeamten in Südtirol nur 145 doppelsprachig sind. Der äussere Amtsverkehr der Südtiroler Bevölkerung wird, wie sie wissen, in einem mehr oder weniger gut funktionierenden Dolmetschersystem abgewickelt und auch die so wichtigen Stellen der Gemeindegemeinschaften der Gemeinden Bozen oder Meran hat man sich nicht bemüht gefühlt, mit deutschsprachigen Personen zu besetzen. Die deutsche Sprache im inneren Amtsverkehr ist überhaupt verboten, und auch hier ist es gut, nochmals darauf hinzuweisen, dass die sogenannten verfolgten Trentiner unter Österreich nicht nur untereinander und mit ihren Ämtern in ihrem Landesteil auf italienisch verkehren konnten, sondern dass sie auch mit den Reichsämtern in Wien direkt auf italienisch verkehren konnten. Es ist immer wieder diese doppelte Moral hervorzuheben, mit der man auf der einen Seite sich gefällt, Märtyrer der eigenen nationalen Sache zu feiern und die nationale Vergangenheit und den nationalen Kampf herauszustellen

und die Opfer, die dafür gebracht wurden, ohne aber andererseits anderen das zuzuerkennen, was man für sich selbst in Anspruch genommen hat und auch heute noch in anderen Gegenden in Anspruch nimmt. Bei der Besetzung öffentlicher Stellen wird die Beherrschung beider Sprachen, wie sie wissen, nicht gefordert. Es sind diesbezügliche ausdrückliche Schreiben und Verordnungen der italienischen Regierungsstellen vorhanden. Das Kultur- und Theaterleben, Film, Radio ist der deutschen Bevölkerung nicht in gleicher Weise und im gleichen Ausmasse wie der italienischen Bevölkerung zugänglich. Die Stundenzahl, die Radio Bozen der deutschen Sprache zuwendet, ist geradezu lächerlich, und auch diese wenigen Stunden werden fast ausschliesslich nur für Nachrichten politischer oder sportlicher Art oder für Reklame aufgewendet. Ich habe nur kurz diese wichtigsten, zentralsten Fragen nochmals unterstreichen wollen, die unseren Volksboden und unsere Sprache anbelangen. Meine Herren, wir werden wahrscheinlich leider noch öfters über diese Themen reden müssen, aber das italienische Volk, der italienische Staat müssen sich klar sein, dass auch die Macht ein unwiderrufliches Recht anerkennen muss.

PRESIDENTE: Qualcuno chiede la traduzione? No! La parola al cons. Fiorechy.

FIORESCHY (Assessor für Handel u. Fremdenverkehr - S.V.P.): Ich will mich kurz fassen, um nicht die Argumente, die schon zur Genüge hier behandelt worden sind, nocheinmal zu wiederholen. Es sind mir nur im Laufe der Debatte meine eigenen Gedanken gekommen, die ich nun zur Sprache bringen will. Wir als Minderheit in einem fremdstaatlichen Körper haben nach reiflicher Überlegung und erst nach langem Zuhalten uns entschlossen, unsere Beschwerden und Wünsche vorzubringen. Die Vertreter der italienischen Nation und die ihr zu Hilfe stehende Propagandamaschine stürzen sich mit grösstmöglichem Gezeter auf uns und, unter Umkehrung aller Werte, will man uns durch Aufzählen aller uns gewährten Wohltaten beweisen, wie gut wir behandelt würden, und zieht uns der Staatsfeindlichkeit, wenn nicht gar des Hochverrates, wenn wir in Erfüllung unseres Mandates ob unsere heiligen Rechte uns zur Wehr setzen. Geflissentlich illustriert man nur eine positive Seite des Problems und vergisst mit Absicht die Kehrseite, indem man darüber mit allgemeinen Floskeln hinweggeht. Ich muss feststellen, dass keiner der italienischen Vorredner darüber hinausging.

Bei all diesen Vorgängen fragt man sich unwillkürlich, ob man sich überhaupt des Begriffes

«Minderheit» und «Minderheitenschutz» bewusst ist. Ja, man könnte fast über die Auffassung von Recht und Gerechtigkeit verzweifeln. Ich frage mich, ob man sich bewusst ist, dass das Recht garant sein soll, damit vorhandene Werte geschützt und erhalten werden sollen und kein Freipass für eine subjektive Auffassung nach eigenem Bedarf.

Weiss man, dass Gerechtigkeit Anwendung des Maßstabes, jedem das Seine zu geben und Verbot der Willkür bedeutet?

Leider müssen wir feststellen, dass da, wo positives Recht zu unseren Gunsten statuiert wurde, dieses meist im Widerspruch zum Gerechtigkeitsgebot steht und ganz konkrete und evidente politische Willensentscheidungen widerspiegelt.

Wenn wir uns nun gestatten, dies festzustellen, so ist das auch nicht nur ein Recht, sondern heilige Pflicht eines pflichtbewussten Minderheitenvertreters.

Was bleibt einer Minderheit, wenn sie von Staate, dem sie angegliedert ist, nicht den nötigen Schutz für ihre Existenz erfährt? Solange ihr nur ein Funken an Selbsterhaltungstrieb verblieben ist und sie sich nicht bereits selbst angeeignet hat, wird sie vom Recht des Widerstandes Gebrauch machen. Ich spreche vom Recht des Widerstandes. Dieses Recht erwächst nämlich dort, wo die Ziele, die dem Rechte den Sinn verleihen, nicht nur missachtet werden, sondern wo eine Machtordnung gerade zur Vernichtung der Lebenswerte dieser Minderheit treibt.

Es liegt nur einzig und allein an der Staatsmacht, wie weit sie diesen Widerstandswillen treiben und welche konkrete Formen dieser annehmen wird.

Ich will nicht auf die gerne und oft von italienischer Seite entwickelte These der «armen unterdrückten italienischen Minderheit» innerhalb Südtirols eingehen, deren Rechte ganz besonders geschützt werden müssten. Es ist dies geradezu grotesk und würde für jeden rechtlich denkenden Menschen, ich möchte sagen, eine beinahe lächerliche Umkehrung der Werte bedeuten, wenn man dahinter nicht die Absicht geradezu greifen könnte. Ja, die Absicht, das Ziel der hier vorherrschenden italienischen nationalistischen Strömung ist heute dieselbe geblieben wie eh und je unter faschistischer Fuchtel.

Man scheint sich der Pflicht nicht bewusst zu sein, die ein Staat mit der Eingliederung einer Minderheit übernimmt, die Pflicht, der Minderheit die Existenzgrundlagen zu sichern und diese zu schützen. Das sind Imperative, die das primitivste Naturrecht erheischt, um das Missverhältnis der Stellung der Minderheit gegenüber dem

Staatsvolke auszugleichen. Es ist daher natürlich, dass die Sicherung der Existenzgrundlagen eine Sonderbehandlung erfordern und wenn man in diesem Zusammenhang von den gleichen Rechten aller, d.h. der Minderheit mit den Bürgern des Staatsvolkes spricht, so vergisst man darauf, dass diese Gleichschaltung eine starke Minderung der Rechte und Stellung der Minderheit bedeutet. Und man kommt zum Ergebnis und zur Situation, wie wir sie heute haben.

Eine Gleichberechtigung muss herrschen im Falle der Anerkennung des Lebensrechtes einer Volksgruppe. Ein rein formale politische Gleichberechtigung ist nicht ausreichend. Die Gleichberechtigung erscheint nicht verwirklicht, wenn sie die naturbedingten, kulturellen und historischen Unterschiede der Staatsbürger nicht berücksichtigt. Und hier erleben wir leider wenig erfreuliche Tatsachen, die bereits zur Genüge aufgezeigt und illustriert wurden.

Solange bei uns noch dieser überkommene Geist eines nationalistischen Machtstaates vorherrscht, solange wird man nicht von Befriedung der Gemüter, von bedingungsloser Zusammenarbeit und Loyalität sprechen können.

Im Geiste dieser Feststellungen sind die Ausführungen des Landeshauptmannes, Dr. Erckert, zu werten, die man in allen Belangen nur unterstreichen kann.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa, si riprende alle ore 15.

Ore 12.30 Uhr.

Ore 15.30 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta riprende con la continuazione della traduzione dell'intervento pronunciato dall'Assessore Dietl stamane.

(Si traduce - Übersetzung).

PRESIDENTE: La parola al cons. Nardin.

MITOLO (M. S. I.): Chiedo prima la traduzione dell'intervento del cons. Unterrichter.

PRESIDENTE: Si chiede tempestivamente.

MITOLO (M. S. I.): Infatti dopo che lui ha parlato la seduta è stata sospesa.

STOTTER (Segretario - S. V. P.): E' stato chiesto se qualcuno chiedeva la traduzione.

PRESIDENTE: Nessuno ha chiesto la traduzione!

MITOLO (M. S. I.): Perchè la seduta è stata sospesa.

STÖTER (Segretario - S. V. P.): E' stato chiesto precisamente se qualcuno chiede la traduzione e nessuno l'ha chiesta.

PRESIDENTE: Dopo l'intervento del cons. Unterrichter io stesso ho chiesto se nessuno voleva la traduzione e non chiedendola nessuno ho dato la parola al cons. Fioreschy. Dopo le parole del cons. Fioreschy è stata tolta la seduta.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Si potrebbe fare così, nel corso della seduta, dal momento che un consigliere, seppure in ritardo, ha chiesto la traduzione, forse in un secondo tempo si potrebbe farla.

PRESIDENTE: Siccome Nardin parla in italiano ed il traduttore non ha impegni precisi, il cons. Mitolo può mettersi in contatto con il traduttore.

MITOLO (M. S. I.): Poi non posso seguire quello che dice Nardin e bisogna che io lo segua.

PRESIDENTE: Allora pregheremo il traduttore di fare un appunto per il cons. Mitolo di quanto ha detto Unterrichter.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Sento il dovere di prendere la parola per vedere se è ancora possibile far scaturire da questo dibattito qualche cosa di positivo. E' forse una speranza molto vaga e non realizzabile. Dicevo all'inizio del mio intervento che poteva darsi che questo dibattito fosse un episodio che, partendo dalla constatazione di una situazione economica, sociale e politica difficile e precaria, si inserisse in un clima creato da un po' di tempo a questa parte per quanto riguarda l'Alto Adige, sia sul piano nazionale che internazionale, e si inserisse come episodio non determinante ma importante per far convergere su questa nostra Provincia gli sguardi di fuori di Italia. In secondo luogo dicevo che ero quasi certo che la S.V.P. cercava di utilizzare questo dibattito per dimostrare alla popolazione di lingua tedesca che essa è sempre quel partito che difende decisamente gli interessi dei sudtirolesi ed in questa maniera distrarre la loro attenzione dalla realtà delle cose ed evitare di far esprimere ai cittadini di lingua tedesca un giudizio poco positivo sull'azione stessa della S.V.P. condotta in questi anni a braccetto con la D.C. Ora mi pare che dopo quanto abbiamo ascoltato e quanto avremo occasione

di ascoltare, non ci siano più dubbi a questo riguardo. Effettivamente le cose si sono portate a tal punto per cui è difficile dire che la S.V.P. abbia voluto impostare questo dibattito per far uscire qualche cosa di positivo e concreto. Fra qualche ora si chiuderà questo dibattito e vedremo come si concluderà. Se siete conseguenti alla vostra posizione dovete rassegnare le dimissioni dalla Giunta e creare la crisi di Giunta, perchè del vostro fedele alleato avete detto delle cose che ritengo tutte giuste, ma se è giusto tutto questo, voi dovete trarre la logica conseguenza e dovete per forza sganciarvi da questo vostro alleato, altrimenti con l'esperienza che avete di sette anni di collaborazione e continuando così, vi troverete di anno in anno ad appesantire l'atmosfera locale ed extra locale con tutta una serie di critiche e di osservazioni su questa politica condotta in Alto Adige ed in Italia da questo partito dominante, la D.C., che vi è complice, e voi stessi vi renderete complici con questa collaborazione e non solo del persistere ma anche dell'attuarsi della situazione. Se volete essere conseguenti con tutta la vostra impostazione, dovete fare questo, altrimenti è inutile che vi racconti la storia dei ladri di Pisa che vengono ad insultarsi di giorno e di notte si trovano insieme a rubare. Ho detto tante volte che quella calza a pennello, quindi perchè abbiamo discusso di questo: per fare una parata di esposizioni? Solo per questo? Mi ricordo che due anni fa in una mia relazione di minoranza al bilancio della Provincia ebbi a scrivere parecchie cose sulla situazione politica locale e diversi consiglieri dicevano di essere d'accordo su alcune osservazioni e critiche circa la politica condotta in questi anni dalla D.C. e dalla S.V.P., dal Governo, ecc. Mi ricordo che il presidente Erckert quando si alzò disse che le cose dette da Nardin nella sua relazione se mai sono discorsi da fare al Parlamento. Mi pare che oggi siamo arrivati a fare di questi discorsi ed il dibattito, se così possiamo chiamarlo dal punto di vista della polemica politica generale, è arrivato fino agli estremi. Ma non mi interessa quello che si è detto qui in linea generale, perchè si è padroni di esprimere quello che si vuole, però ad un certo momento abbiamo anche il diritto di chiedere che si arrivi ad una conclusione, perchè se si lascia il dibattito, dopo che tutti i consiglieri hanno preso la parola, al punto in cui è in questo momento, a che cosa avrà servito tutta l'azione dimostrativa? Non avrà servito a nulla perchè la S.V.P. rimarrà sulle sue posizioni, che dice antitetiche, ma poi in pratica continuerà quel tipo di politica che ha portato in questi anni a gestire insieme la cosa pubblica nella Regione, nella Provincia e nei Comuni. Quindi

vediamo un po' se alla fine il gruppo della S.V.P. vorrà prospettare alcune soluzioni per dare a questo dibattito una conseguenza logica. Ora, anche che si arrivasse ad una conclusione, auspicherei anzitutto di arrivare ad una conclusione positiva. Ci sono stati eccessi in questa polemica, sono state dette delle cose che si possono dire ma che hanno un valore relativo ad un certo momento se confrontate con la realtà. Ma auspico che si arrivi ad una conclusione positiva perchè si muti questa situazione o indubbiamente l'avvenire dell'amministrazione provinciale e di tutti gli istituti autonomistici sarà assai nero. Che cosa ho notato nel dibattito che c'è stato finora da parte dei dirigenti della S.V.P.? Mi pare che malgrado lo sforzo notevole che mai sinora è stato compiuto, infatti quasi tutti i consiglieri hanno preso la parola, avrei preferito che nei loro discorsi si faccia l'analisi non tanto della situazione politico-economica e sociale, ma soprattutto l'analisi economica e sociale per precisare quelle cause del malessere sul piano economico e sociale che indubbiamente esistono in Alto Adige e quali siano le responsabilità, quali forze politiche, che naturalmente sono coloro che indirizzano e orientano la politica locale. Nei discorsi dei consiglieri della S.V.P. non sono stati portati veramente i grossi problemi che interessano alcuni larghi strati più disagiati della popolazione di lingua tedesca. Abbiamo sentito parlare di tante cose, ma non si è detto per es.: «in questa situazione vivono i sudtirolesi, larghi strati di sudtirolesi in montagna, in queste località, di questa categoria, questa pesantezza economica si riflette in questa maniera», questo non l'abbiamo sentito. C'è l'assenza in questo dibattito della rappresentanza di questi ceti più umili e più disagiati della popolazione di lingua tedesca. Soprattutto abbiamo sentito una situazione fotografata in modo naturalmente del tutto particolare ma non ho sentito ancora concrete proposte per risolvere questa situazione di cui si fanno tante lagnanze, cioè manca ancora quello che dicevo all'inizio, cioè una serie di proposte che lascino intravedere una via d'uscita; come vede la S.V.P. una serie di proposte — dal momento che non c'è solo la S.V.P. in Alto Adige ed in Regione — una serie di proposte che la S.V.P. fa agli altri gruppi per dire: queste sono le mie idee e proposte, vediamo se non si possa, se non su tutti i punti, almeno su alcuni punti mettersi d'accordo per superare questa situazione e questa altra con un certo realismo, perchè è inutile voler tutto in un colpo; vediamo alcuni problemi sui quali possiamo metterci d'accordo sullo studio ed impostazione e vediamo se si possono trovare queste proposte che mancano ancora. Questo in linea generale

devo osservare. Per quanto riguarda quello che abbiamo sentito qui, e con questo non intendo valutare gli argomenti di nessuno, ma due cose devono rimanere ferme nell'esprimere il dissenso su alcune espressioni dei rappresentanti della S.V.P. Uno è il problema dello Status dell'Alto Adige, l'altro il problema della cosiddetta immigrazione. Lo Status dell'Alto Adige è stato tirato in ballo in occasione di questo dibattito attraverso varie maniere, si parla di plebiscito, ed il tema anzi è quello del plebiscito che non si è fatto e si voleva fare per Trieste e che non si è lasciato fare per l'Alto Adige, questa è la cosa a cui si aspira. Ma anzitutto il confronto con Trieste mi pare sbagliato, Trieste e la situazione del Territorio di Trieste è stata risolta appena poco tempo fa attraverso un trattato con la Jugoslavia e l'intervento di alcune Potenze straniere. La situazione di Trieste era delineata attraverso quel famoso trattato per la costituzione del Territorio libero di Trieste. Il trattato non è stato mai rispettato perchè invece il Territorio libero di Trieste era diventato una base anglo-americana. La situazione dell'Alto Adige invece è stata risolta nel 1946 dal famoso accordo di Parigi, e da là si deve partire per dire: realizziamo il meglio possibile questo accordo di Parigi. Questo è il discorso che può essere fatto, che può trovare uno non consenziente sentendo dire l'accordo di Parigi è totalmente applicato, ci sarà chi dice no, altri che dicono tutto è da applicare. Ma si deve partire dallo stato di fatto perchè non si può andare oltre e mettere in gioco lo Status dell'Alto Adige, perchè nel 1946 a Parigi era stata risolta la questione. Ora quindi è questo che si deve valutare. E' facile parlare di plebiscito e di altre cose, ma indubbiamente non ci si può mettere sul campo dell'irredentismo perchè su questo piano non troverete nessuno d'accordo, nessun democratico italiano, e ci sono larghi strati di democratici italiani, i quali sono ben lieti che la situazione dell'Alto Adige migliori nel senso di garantire e soddisfare ancora più interamente a certi diritti nazionali dei sudtirolesi e ladini, su questo non temo smentita, però non troverete nessun democratico italiano il quale sia d'accordo nel porre in discussione lo Status dell'Alto Adige, dal momento che si tratta di accordi liberamente intercorsi fra l'Austria e l'Italia sotto il controllo delle grandi Potenze; questi accordi sono stati firmati nel 1946 ed a questi accordi si deve mantenere fede. Questo non significa che l'Austria non abbia la libertà di discutere con il Governo italiano il problema dell'Alto Adige dal punto di vista dell'accordo di Parigi, credo che l'Austria abbia questa possibilità, come ce l'ha l'Italia nei riguardi dell'Austria se l'Austria con-

travenisse in una certa maniera all'accordo di Parigi, questo si può fare, ma altre cose no! E questo lo diciamo convinti, non per una questione di nazionalismo, ma perchè siamo certi che altre soluzioni di tipo irredentistico sarebbero non solo dannose per l'Italia e per gli italiani, ma sarebbero altrettanto dannose per i sudtirolesi e per i ladini dell'Alto Adige. Ora credo che la democrazia italiana sia abbastanza forte per non allarmarsi, per non drammatizzare di fronte a certe richieste di carattere irredentistico che vengono ventilate da certi ambienti politici locali o stranieri, credo che sia abbastanza forte, per quanto la situazione del nostro paese sia ancora precaria da tanti punti di vista, però credo che la nostra democrazia sia ancora abbastanza forte per poter considerare serenamente il problema dell'Alto Adige dal punto di vista dello Status, per considerarlo veramente serenamente. Ci sarà bisogno di una politica più intelligente in Alto Adige, questo senz'altro! Ma c'è anche bisogno che da parte dei rappresentanti della S.V.P. si consideri che finalmente è giunto il momento di accettare la realtà della democrazia italiana, di accettarla e di lottare, come ho sempre detto, per una migliore situazione democratica in tutta l'Italia e quindi anche in Alto Adige. Perchè è nella misura in cui la democrazia avanzerà in Italia che avanzerà anche in Alto Adige e saranno sempre più rispettati i diritti e gli interessi dei sudtirolesi. Quindi non credo che occorre drammatizzare anche se ogni tanto qualcuno si alza e parla di queste cose, perchè, come dico, non mi pare che da questi spunti polemici ne possa derivare un concreto danno per lo Stato italiano! Non lo credo! Perchè il popolo italiano, o almeno buona parte del popolo italiano, ha dimostrato in altri momenti molto più difficili, come si riesce a garantire le proprie frontiere ed anche a cacciare dall'Italia chi non vi deve rimanere. E quando dico questo della forza della democrazia italiana, lo dico anche in riferimento ad altre cose. L'altro giorno Malignoni diceva: stiamo attenti con le norme di attuazione, perchè lo Stato deve considerare che quassù c'è una situazione particolare, ci sono i sudtirolesi, c'è la S.V.P. e quindi bisogna stare molto cauti nel concedere le norme di attuazione. Ma è possibile che ci sia un grande pericolo nel concedere determinate norme di attuazione da parte degli organi governativi perchè quassù ci sono i sudtirolesi ed i ladini e la S.V.P.? Ma no?!!! Si conceda quanto è previsto, si emanino le norme di attuazione con maggiore sollecitudine con cui si sono emanate finora affrontando innanzitutto tutti quei settori che sono di largo interesse pubblico, dove veramente ci sono i grossi interessi

di larghi strati della popolazione, là si emanino norme di attuazione e si consenta alla nostra autonomia di funzionare meglio. Altrimenti sotto la pregiudiziale che quassù ci sono i sudtirolesi e la S.V.P., la quale si comporta in una certa maniera, anche se poi ha sempre collaborato con il Governo e la D.C., possiamo dire: aboliamo lo Statuto, aboliamo tutto e facciamo una zona speciale nell'Alto Adige, mettiamo un Commissario politico militare e non se ne parli più! Stato di emergenza! Ma è la situazione tale da arrivare a queste conseguenze? Non credo e penso che la democrazia italiana può essere serenamente d'accordo nell'accelerare l'emanazione delle norme di attuazione al nostro Statuto. Il fatto che piuttosto non le emana è perchè a Roma c'è stato in questi anni un notevole immobilismo governativo, perchè non solo non emanano le norme di attuazione, ma non fanno tante altre cose, insabbiano i patti agrari, fanno ristagnare attività di maggior interesse popolare e si prendono a cura ben altre cose che gli interessi di larghi strati della nostra popolazione. Quindi per questo, per l'incapacità, che è insita un po' nei nostri organismi governativi oltre, lo convergo, a quel certo orientamento anti-regionalistico che c'è indubbiamente negli organi dello Stato, e che si riflette forse più decisamente verso il Trentino-Alto Adige, ma lo Status dell'Alto Adige è quello che è, e non occorre porlo in discussione, non occorre lasciarsi facilmente suggestionare da parte dei sudtirolesi o dei dirigenti politici della S.V.P., dal fascino della propaganda irredentistica. L'altro punto fermo, mi pare sia quello dell'immigrazione. Tutti i discorsi contro l'immigrazione sono discorsi che secondo me hanno poco senso. In certe Regioni dell'Italia settentrionale non si sente parlare di immigrazione di italiani contro i tedeschi, perchè i sudtirolesi non ci sono, si sente parlare di immigrazione dal sud verso il nord. Il «Via i terroristi» non lo hanno inventato in Alto Adige, ma a Milano e da altra parte; c'è ancora questo campanilismo primitivo che però con l'andare del tempo, con una maggiore evoluzione anche intellettuale della popolazione, con una migliore evoluzione economica e sociale scomparirà. Ma tutti gli argomenti contro questa immigrazione! Io non vengo a citare il Libro verde o altro, so perchè oggi vivo in questa Provincia, che il numero di cittadini di lingua italiana che sono venuti qui in questi anni non costituiscono — e lo dico proprio al di fuori di ogni polemica — un pericolo per l'esistenza nè numerica nè altro del gruppo linguistico sudtirolese. Fare l'ipotesi che se ogni anno arriveranno tanti italiani, da qui a 150 anni i sudtirolesi saranno in minoranza, queste sono ipotesi! Ma possiamo costruire tutte

le ipotesi più sballate sul «se»!! Quindi questa immigrazione è relativa. C'è stato un certo sviluppo dell'immigrazione nel dopo guerra, ma proprio se voi andate a considerare, anno per anno, è stata ben modesta questa immigrazione di cittadini di lingua italiana dalle altre Provincie. Perché l'immigrazione si muove su ragioni economiche! Ma siete così sicuri che ci sia un tale fiorire di attività economiche in Alto Adige da far accorrere turbe di cittadini di lingua italiana dal di fuori? Ma no! Purtroppo no! Ce ne fossero di queste iniziative! Che si moltiplicassero di più perchè darebbero lavoro ai sudtirolesi che sono senza o ne hanno poco e darebbero lavoro anche ad altri cittadini che sono senza, al di fuori della nostra Provincia; ma sono sicuro che le caratteristiche, il patrimonio culturale ed etnico dei sudtirolesi non verrebbero meno. Ma poi c'è sempre quel principio costituzionale che deve pure essere valevole per tutti, perchè non si può accettare una parte della Costituzione e respingere quell'altra. Il principio costituzionale che dice che «*nel libero Stato italiano ci sia libera circolazione*» e questo mi trova pienamente consenziente e non mi trova consenziente la legge fascista tuttora in vigore sull'urbanesimo nei vari Comuni dell'Alto Adige come in tutti i Comuni d'Italia, la quale regola in maniera restrittiva ed anticonstituzionale la circolazione dei cittadini, la residenza ed il lavoro ecc.; non mi trova consenziente. Quindi si deve pure accettare questo perchè altrimenti la conseguenza logica per l'uomo della strada qual'è? E' che qui si vuole fare una legge perchè si vorrebbe una legge dello Stato italiano la quale dica che in Alto Adige si potrà andare per turismo, per certe altre cose, bisogna farsi annunciare, si può stare fino ad un certo periodo e poi bisogna tornare indietro, ma praticamente voi arrivate a far dire a tutti che questo non è possibile ed è logico. Quindi portiamo nei giusti termini anche questo problema dell'immigrazione, vediamo se la situazione dell'Alto Adige è tale da consentire l'immigrazione dalle altre provincie di migliaia di cittadini italiani! Ma no! Purtroppo no, perchè come dico le attività economiche sono tali da non consentire l'assorbimento anno per anno, anzi voi chiamate la zona industriale «fucina di comunismo» o altro! Ma alla zona industriale, purtroppo, in alcuni settori si comincia a licenziare, e voi avete visto i 2000 operai della Lancia tempo fa qui di fronte al Palazzo provinciale! e non scioperavano per piacere, ma scioperavano per impedire alla direzione della Lancia dei massicci licenziamenti. Alla Montecatini sono stati licenziati 50 operai in altri settori e ci troviamo ancora a lottare per impedire i licenziamenti. L'unico stabilimento che

ha un po' aumentato la propria produzione, e ha ampliato dei reparti ed assorbe un certo numero di elementi locali è l'Acciaierie di Bolzano. Ma andate invece a vedere che organico c'era qualche anno fa alla Montecatini di Sinigo, ed andate a vedere quello di oggi! Andate a vedere negli altri stabilimenti della zona industriale e troverete delle diminuzioni! Quindi è una balla dire che la zona è una fucina permanente di assorbimento di lavoratori, non è vero! Non è giusto considerare l'entrata di cittadini italiani in Alto Adige come se si trattasse di nemici. E' giusto scagliarsi contro quegli italiani che dicono «a morte i tedeschi», è giusto far comprendere agli italiani che non si deve guardare i sudtirolesi sotto il profilo del nazionalismo, ma è anche giusto chiedere altrettanto ai cittadini di lingua tedesca. Ora io considero la maggioranza dei sudtirolesi, ladini dell'Alto Adige uomini, cittadini che non hanno nè malanimo, nè odio, nè disprezzo verso i cittadini di lingua italiana, come considero la stragrande maggioranza dei cittadini di lingua italiana su questo piano. Quindi quando vedo da parte di alcuni dirigenti politici considerare la presenza di cittadini di lingua italiana qui in una certa maniera, giustamente devo reagire e dire che non è giusto che si impostino i rapporti tra i gruppi linguistici in questa maniera, nè da parte dei sudtirolesi, nè da parte degli italiani. Reciproco rispetto, considerazione reciproca del valore che costituisce anche il lavoro e l'esistenza del gruppo sudtirolese, ladino ed italiano. Questo non significa che non ci siano pecore nere nell'un gruppo linguistico come nell'altro! Lo sappiamo. Voi sapete molto bene che se posso criticare o elementi di lingua tedesca o di lingua italiana, considerate pecore nere, lo faccio, e sempre senza mezzi termini, senza patteggiare con la mia coscienza, senza guardare in faccia a nessuno. Ma che tutto quello che adesso c'è qui di lingua italiana debba essere considerato in una certa maniera, non è giusto! Parità! Altrimenti non capisco, questa Unione europea, per cui avete votato alla Camera, cosa significa? Ma sapete che cosa significa Unione Europea? Che cosa significa abolire i confini, affratellamento di nazionalità? Questi credo siano due punti fermi che devono essere chiari di fronte a tutti e che battersi su quel piano, sul quale mi batto io, non significa battersi in modo nazionalistico. Varie questioni sono state accennate nel dibattito da parte di diversi consiglieri di lingua tedesca. Si è parlato dell'art. 14 più di una volta, e se c'è stato qualcuno che ha fatto almeno dal punto di vista di principio una concreta proposta per sbloccare la situazione in cui la D.C. e la S.V.P. al Consiglio regionale avevano impantanato la questione dell'art. 14, è stato

la mia parte e i due gruppi di sinistra che hanno firmato quella famosa mozione. Con questa mozione che cosa abbiamo affermato? Abbiamo affermato che l'art. 14 doveva venire attuato. Può sembrare abbastanza lapalissiano dal momento che c'era lo Statuto! Ma dopo aver sentito le tesi di Odorizzi che diceva che bisogna applicare l'art. 14 quando ci sarà la Corte Costituzionale, non è più lapalissiano, ma una cosa concreta perchè la mozione dice: il Consiglio regionale non è d'accordo con queste tesi dilazionatorie, dice che in considerazione del fatto che è stata dibattuta la necessità dell'attuazione dell'art. 14 nel campo della agricoltura e delle foreste, e la mozione dice che si incomincerà in quel campo lì. E noi nello stesso tempo diciamo in questa mozione che l'art. 14 deve essere attuato nel pieno rispetto della libertà e dell'eguaglianza dei cittadini di lingua italiana e tedesca in Alto Adige. Questo contributo lo dovete riconoscere. Ora se c'è da criticare la posizione della D.C., che come, al solito, quando non le conviene tira fuori tutti i pretesti per rinviare una questione e l'avv. Odorizzi, nel suo cosiddetto magnifico discorso mancava di una qualsiasi proposta per dire: non siamo d'accordo con la S.V.P., ma proponiamo questo. La tesi dell'avv. Odorizzi era la più debole che si potesse sostenere, ma si deve anche riconoscere che il modo con cui la questione dell'art. 14 da parte della S.V.P. è stata mal condotta, è stata impostata male, anche dal punto di vista della pratica politica. La nostra Amministrazione provinciale, il Consiglio provinciale non si è mai espresso a questo riguardo, non è mai partita una voce da questo consesso per dire che noi Provincia chiediamo alla Regione la delega in base all'art. 14 per il settore dell'agricoltura, perchè consideriamo che attraverso la delega noi possiamo meglio operare nell'interesse comune, facendo un piano preciso e delle concrete proposte! Niente di tutto questo, tutto nel corridoio dei due partiti, e così via; in questa maniera è stata condotta la questione dell'art. 14. Ora arriveremo a un dibattito in sede regionale e speriamo di metterci d'accordo, se ci sarà chi dice che l'art. 14 non si deve nemmeno guardare, quello è un fesso, scusate il termine, perchè nello Statuto è scritto chiaramente in italiano ed in tedesco, che l'art. 14 è quello che è; ma si tratterà di mettersi d'accordo, di spogliarsi di certe richieste eccessive, per lo meno, e di vedere di attuare l'articolo 14 in alcuni settori, faremo le prime esperienze e poi si vedrà. Quindi, se è giusta la nostra critica nei riguardi della D.C., dovrete autocriticarvi per il modo con cui avete condotto la questione dell'art. 14. Soprattutto io depreco il fatto che si parli nell'amministrazione provinciale della necessità dell'at-

tuazione dell'art. 14, mentre il nostro Consiglio non è mai stato chiamato a discutere in merito. Siamo tutti noi il consesso legislativo provinciale.

Un'altra questione portata da vari consiglieri è stata quella del problema del lavoro per i sudtirolesi. Ora se diciamo che dobbiamo fare una politica che assicuri più lavoro ai sudtirolesi, dobbiamo convenire che ancora la situazione economica sociale è ben lungi dall'essere soddisfacente. Quando si dice «lavoro per i sudtirolesi» si può anche dire lavoro per tutti quelli che ne hanno bisogno; ma se vogliamo anche considerare il particolare aspetto dei sudtirolesi che sono senza lavoro e trovino, ammetto, delle difficoltà in certi uffici di fronte a certe persone, vediamo un po' come fare, e ciò significa fare veramente, come Regione e come Provincia in primo luogo, una politica che assicuri lavoro. Ma ogni qual volta che noi delle sinistre al Consiglio Provinciale o Regionale abbiamo fatto delle proposte che avrebbero assicurato lavoro e casa anche ai sudtirolesi e forse certe volte di più per i sudtirolesi che non per gli italiani, ogni qual volta, se alzava il braccio Odorizzi, lo alzavate anche voi, e ci sono i verbali, i documenti che parlano! Ed allora, diciamo: cambiamo politica anche sul piano economico sociale, una politica che assicuri più lavoro anche per i sudtirolesi che ne sono senza o che sono nello stato di sottooccupazione lamentata ad es. dal cons. Schatz. Ma poi dobbiamo anche considerare vari altri aspetti per trovare lavoro; per esempio voi sostenete a spada tratta il famoso accordo regionale Tirolo-Vorarlberg! Ma avete considerato che certi settori industriali locali, dove sono occupati in maggioranza sudtirolesi, in base a questa politica di commercio estero sballata, conviene solo ad alcuni gruppi ristretti locali e di là, avete considerato che mediante questa vostra politica, in unione anche con gli organi governativi, si sono verificati riflessi negativi per certi settori industriali, ad es. per le fabbriche di cartone, ecc., per cui da 300 lavoratori si è arrivati a circa 200. Avete considerato che la politica di commercio estero così condotta, che dal punto di vista statutario consentirebbe un intervento particolare della Regione presso il Governo per ottenere particolari agevolazioni nei confronti dell'estero per quanto riguarda l'esportazione della nostra frutta non si è fatto quello che si doveva fare per esigere da parte dello Stato che questa facoltà, che proviene dallo Statuto, venisse posta in pratica per migliorare il commercio con l'estero dei nostri prodotti orto-frutticoli! Perchè non basta fare centrali orto-frutticole, non basta fare i frigoriferi e spendere centinaia di milioni per aiutare queste costruzioni, e questa è solo la prima fa-

se. L'altra fase più importante è quella di vendere i prodotti, e se ci sono duemila vagoni di frutta fermi in Alto Adige non dobbiamo gridare alleluia dalla gioia, dobbiamo dire che anche i vincoli posti al nostro commercio estero sono tali da impedire l'esportazione di questi nostri prodotti ortofrutticoli che costituiscono il pane e la vita per molta gente nell'Alto Adige. Quindi il problema del lavoro vediamo nel campo più vasto e non solo nel cominciare una politica economico-sociale, caro Schatz, come Provincia e come Regione, ma esigerne una migliore anche da parte del Governo, non votare per i programmi poco economico-sociali del Governo nazionale; impostare una politica che assicuri qualche cosa di più di una speranza per i disoccupati di lingua tedesca oltre che per quelli di lingua italiana, ma anche una politica economica che interessi i produttori ortofrutticoli ed i nostri contadini che vivono per vendere i loro prodotti sul mercato interno ed estero; si faccia questa politica che veramente vada incontro anche a quelle piccole industrie particolari dell'Alto Adige che fino adesso da questi cosiddetti trattati preferenziali (preferenziali per qualcuno e poco preferenziali per i più) ne hanno subito un danno, e questa politica deve essere mutata per forza: Quindi vediamo in un campo più vasto questo aspetto di trovare lavoro. Perché questo significa non solo dare il lavoro ad operai ed impiegati, ma anche ai contadini, agli artigiani, ai piccoli, medi e grossi produttori.

Il cons. Amonn nel suo interessante intervento ha citato un problema che conosciamo e che non si può non deprecare nella realtà, il problema p. es. della scarsa libertà in certi settori esistenti. Il cons. Amonn citava il fatto del teatro di lingua tedesca, per cui la censura pone tutta una serie di ostacoli, traduzioni, ecc. Ha ragione, pienamente ragione! Il guaio è che la censura impera in tutta l'Italia e non solo in Alto Adige; è quella censura orientata da certi Sottosegretari che non se ne intendono di cinema e di teatro, quella censura che sta rovinando interi settori del cinema e del teatro italiano, e che non è altro che il permanere del sistema fascista. Oltre gli esempi portati dal cons. Amonn ci sono stati altri esempi in tema di libertà portati da Stoetter ed altri, ad es. quello del Brigadiere dei CC. che ha fermato la banda perché credeva che fosse un inno irredentistico, ecc. Queste sono cose giuste, bisogna denunciarle. Ma vi pregherei, dal momento che avete sempre dato il voto al Governo, vi pregherei anche di considerare che bisogna anche lamentarsi del fatto che in Italia ci sono ogni giorno centinaia di episodi contro la libertà dei cittadini; la discriminazione politica, gli arbitri di Commis-

sari di pubblica sicurezza e di brigadieri che raggiungono le cose più assurde. Il fatto che un cittadino deve essere chiamato di fronte ad un Tribunale militare quando dovrebbe andare di fronte ad un Tribunale civile, il fatto che sia in vigore tutta la legislazione fascista, a proposito di libertà di stampa! Questo non vi dice niente?! Ma vi lamentate solo dei fatti che accadono ai sudtirolesi e non vi lamentate del clima di poca libertà che c'è nel nostro Paese?! Perché se date il voto al programma Scelba, Scelba è caduto, ma tanto per portare l'ultimo esempio, voi date il voto al programma che tende alla discriminazione politica, al dichiarare sovversivi tutti quelli che non la pensano come Scelba, con tutte le conseguenze che poi si sono riscontrate in tutti questi anni in migliaia di episodi; quindi se voi date il voto a questa politica, per forza dovete convenire che i riflessi di questa politica portano il brigadiere dei Carabinieri certe volte ad esagerare nel fermare una banda e dire: Alt, voi suonate chissà che inno, fermi, se no vi arresto tutti! E' evidente che si arrivi agli eccessi lamentati dal cons. Amonn a proposito della censura, ecc. Ma dovete convenire che il principio della libertà non riguarda solo voi, ma tutti! E che allora bisogna modificare questa politica, a cui voi avete sempre dato il vostro appoggio, perché si muterà anche per i sudtirolesi in meglio e per gli italiani, nel Trentino-Alto Adige e fuori. Quindi non si può vederla a se stante la situazione dell'Alto Adige o quella che riguarda particolarmente i sudtirolesi.

Il cons. Amonn ha citato anche il problema dei fumi della zona industriale; ne abbiamo parlato tante volte quando discutemmo la famosa legge sulla tutela del paesaggio. Dei fumi io mi preoccupo anzitutto dal punto di vista igienico e poi da quello turistico, perché considero che gli operai, i tecnici e gli impiegati che oggi sono nella zona industriale e le case che sono vicine alla zona, come in genere quasi tutta la popolazione di Bolzano ne subisce le conseguenze, perché non si può dire che il fumo non faccia niente. Basta sentire i sanitari. A Porto Marghera, dove c'è un'altra zona industriale, in questi giorni hanno finito di sperimentare. Lì le piante morivano tutte, anche le più forti, potete immaginare l'organismo umano! Questo punto di vista portatelo in primo luogo e non che i fumi contrastano con il paesaggio, ecc. Questa polemica sui fumi, ad un bel momento, dovrà finire; che cosa si vuole fare, si deve attrezzare le fabbriche di quei famosi apparati che riducono il fumo? Ci sono! Lei, cons. Amonn, parlava della Montecatini, alla quale sarebbe costato 40 milioni l'apparato per diminuire il fumo, ma io il fumo lo vedo ancora, malgrado l'impianto di

40 milioni! E non so dove debbano mettere il fumo che viene fuori da certe lavorazioni? Fate delle proposte concrete, anche dal punto di vista tecnico e guardi, cons. Amonn, lo benediranno i cittadini di Bolzano se lei riuscirà a fare proposte tali da far sparire il fumo della zona industriale, perchè ne deriverà un miglioramento all'igiene generale. E gli amanti del turismo, che sono la buona maggioranza, le daranno un'altra commenda, ne stia pur certo! Ma altrimenti a che cosa serve parlare dei fumi industriali? Serve a polemizzare contro l'esistenza di una industria, la quale è stata creata in una determinata maniera per determinati scopi ecc.? Lo sappiamo che la zona industriale non è venuta qui a caso, che ci sono state determinate facilitazioni, per cui determinati industriali che avrebbero piazzato logicamente i loro impianti nel Piemonte, nella Lombardia o altro, gli hanno piazzati quassù. E' una realtà che dobbiamo pur riconoscere. Ma cosa volete fare? Smantellarla per fare dei frutteti? Non riuscite neanche a vendere le mele che si producono adesso e vorreste fare altri frutteti! Ma la realtà la dovete riconoscere anche voi come io, qualsiasi cittadino devè riconoscere la nuova realtà dell'Alto Adige che non è uguale a quella che c'era 15, 20 anni fa ecc. Quindi a che serve questa polemica? A portare un elemento di più nel fuoco, un bicchiere di petrolio? Ed allora lo si dica, facciamo la polemica per la polemica e chi più ne ha più ne metta. Ma se vogliamo ragionare quando parliamo di fumi nella zona industriale, dobbiamo arrivare a delle constatazioni ed anche a delle proposte logiche, altrimenti non serve! Ed è a proposito e sempre in tema di spunti polemici che il cons. Amonn citava la legge antincendi come uno dei motivi che hanno scatenato l'opposizione degli italiani. Ci sono stati degli italiani che hanno votato la legge antincendi ed erano i democristiani, io non l'ho votata, non perchè sono italiano, ma perchè non mi va per vari aspetti che ho già detto in occasione della discussione al Consiglio Regionale. E se a Merano è sorta la preoccupazione della cittadinanza o dei rappresentanti della cittadinanza, perchè quel distaccamento di permanenti che c'era, era stato ritirato a Bolzano, era pur giustificato questo allarme. Tanto è vero che il dott. Benedikter proprio nell'ultima riunione del Consiglio regionale ebbe a informare che a Merano ormai la situazione era normalizzata con l'istituzione di un corpo di sei vigili del fuoco che avrebbe soddisfatto al servizio permanente unitamente ai vigili volontari. Allora se si è arrivati a questo, è perchè si è riconosciuto una certa consistenza nelle preoccupazioni e nelle critiche, nelle richieste fatte dai cittadini di Merano.

Il dott. Schatz, in uno dei suoi spunti felici, ha parlato del comunismo in Alto Adige. Si continua da anni a definire ed analizzare il comunismo, a predicare la fine in dieci anni, ed in questi dieci anni del dopoguerra, anno per anno, aspettiamo la fine del comunismo, e naturalmente non poteva mancare neanche nella polemica locale lo argomento: «il comunismo in Alto Adige». «Con l'immigrazione cresce il comunismo». Tra l'altro voi vi contraddite se dite che da parte del Governo viene organizzata l'immigrazione, viene proprio diretta da parte del Governo; vedete io non sono amico del Governo (Harität - Heiterkeit), anzi! Ma devo proprio dire che è una fesseria affermare che da parte degli organi del Governo viene organizzata l'immigrazione in Alto Adige, queste sono fesserie!! Se da parte del Governo venisse organizzata questa immigrazione non manderebbe comunisti, manderebbe altro che comunisti, state pur certi! Come fate quindi a dire che l'immigrazione è organizzata da parte del Governo e che attraverso l'immigrazione arrivano in maggioranza comunisti!? Tutto si può dire, ma si tratta anche di dare un fondamento a quello che si dice! Può darsi che vengano anche parecchi comunisti, questo riguarda noi e me in particolare in questo Consiglio provinciale. Però dico a voi, che ce l'avete tanto con i comunisti, che il comunista considera sotto un diverso profilo i diversi interessi e diritti nazionali dei cittadini di lingua tedesca e ladina! Si può sostenere i diritti e gli interessi dei sudtirolesi, giusti diritti nazionali, e non considero tutti giusti i diritti sostenuti dai rappresentanti della S.V.P. e per questo polemizzo con loro, altrimenti non polemizzerei, ma considerare questo non significa essere della S.V.P., significa semplicemente essere dei buoni democratici di lingua italiana. Ma si può arrivare a qualsiasi conclusione, sostenendo la stessa cosa in questo campo, anche se è piccolo il P.C.I., quindi sarebbe uguale alla S.V.P., che cosa dovrei dire io del M.S.I.!...

MITOLO (M. S. I.): Quello che vuoi!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): ...il quale a Roma ha votato assieme alla S.V.P. la famosa Unione Europea Occidentale.

MITOLO (M. S. I.): Ma guarda!!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Lasciami parlare! L'unione europea, alla quale la S.V.P. ha dato il voto probabilmente perchè una parte della S.V.P. considera che attraverso la cosiddetta Unione Europea Occidentale si riesca a superare tutte quelle forme nazionalistiche oggi esistenti e si

riesca quindi ad inserire di più l'Alto Adige nella sfera d'influenza germanica ed in questa maniera distaccarlo, se pure gradualmente — non so ancora in che maniera — dall'influenza dello Stato italiano. Per questo hanno votato, questo è l'orientamento di una parte dei dirigenti della S.V.P. L'altra parte invece è quella che dice: la D.C. ci conviene qui nella Regione perchè ci consente di avere dei buoni posti bene retribuiti e di avere la mano in pasta in questo o in altro settore. Guai se non ci fosse la D.C., ecc. Siccome la D.C. è per l'Unione europea, votiamo anche noi, le due tesi sono lì, ma quella che forse prevale è quella di considerare la possibilità attraverso l'Unione Europea Occidentale, di una diversa situazione nel futuro per quanto riguarda l'Alto Adige. Ed il M.S.I., pur con altri scopi, ha votato per gli stessi scopi per cui ha votato praticamente la S.V.P.

MITOLO (M. S. I.): Per combattere il comunismo!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Va bene! Mantenete pure queste speranze! Sperare bisogna e si vive meglio nelle speranze!

MITOLO (M. S. I.): Chi vive sperando!!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Ora il problema del comunismo in Alto Adige lasciatecelo vedere a noi. Noi abbiamo sempre bisogno di imparare, ma probabilmente non verremo a chiedere lezioni a voi sul modo di come attivizzare i nostri iscritti e di farne dei nuovi!

Uno dei temi portati qui è stato quello dei riopianti. Il dott. Schatz si è lamentato perchè votano per la C.G.I.L., ma per che cosa devono votare? (Ilarità - Heiterkeit) per la S.V.P.? Se votassero in maggioranza per la CISL dove ci siete anche voi, che conseguenze ne trarreste?

CONSIGLIERE: Altre!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Dovreste dire che una delle famose tesi, che l'immigrazione porta il comunismo, è sballata completamente, perchè una parte notevole di questi operai vota per la C.I.S.L., della quale fa parte la S.V.P., quindi per chi votano? Votano per l'organizzazione che vedono la migliore organizzata, quella che di più difende i loro interessi e naturalmente constatato che non può votare per la C.I.S.L., perchè votando per la C.I.S.L. non solo non fa difendere bene i propri interessi, tanto più che fra questi difensori c'è magari il Dott. Schatz o qualche altro rappresentante della S.V.P., e quindi è logico

che non potrà votare per la C.I.S.L., con difensori così sospetti come oggi esistono in questo sindacato. Comunque uno dei temi era quello dei riopianti: insoddisfacente azione politica da parte del Governo italiano per quanto riguarda il problema dei riopianti. Questo è giusto affermarlo, è giusto affermarlo soprattutto da parte mia perchè non ho mai dato il voto alla politica governativa. Lo abbiamo detto anche altre volte, al convegno del 1951 organizzato dalla Camera del Lavoro di Bolzano, convegno al quale hanno partecipato varie persone del gruppo linguistico tedesco ed italiano, ed uno dei problemi era quello dei riopianti. E' stato detto che l'accordo di Parigi prevede il rientro di questi riopianti; però non basta firmare gli accordi, bisogna che il Governo italiano stanzi adeguate somme perchè i riopianti che tornano abbiano casa e lavoro, perchè se i riopianti entrano in Alto Adige e non hanno casa e lavoro, è evidente che la legge stessa economica porta il sudtirolese riopiante che non ha lavoro e casa a cercar di portar via casa e lavoro dove può, e vedrà nel cittadino italiano che ha casa e lavoro, il suo nemico naturale. E noi dicevamo appunto che, elemento che può decisamente contribuire non soltanto a risolvere il problema dei riopianti, ma anche a pacificare, a rasserenare, normalizzare la situazione locale, è quello di stanziare, dal momento che c'è un accordo internazionale speciale, una adeguata somma per assicurare nel giro breve degli anni casa e lavoro ai riopianti; ma nello stesso tempo dicevamo, perchè non si creassero situazioni di privilegio a danno di altri cittadini qui residenti: nel contempo in direzione dell'Alto Adige si faccia subito una politica particolare, per assicurare casa e lavoro a tutti quelli che sono qui residenti e che non ne hanno. In questa maniera noi abbiamo sempre dibattuto il problema dei riopianti, e del lavoro e della casa in generale per tutti, italiani e tedeschi! Invece voi vi siete sempre accontentati di quello che il Governo ha dato, per il quale avete votato. Non potrei mai dimenticare che quest'anno il fondo per l'assistenza ai riopianti, che l'anno scorso era di 43 milioni, l'avete ridotto a 30 milioni, quando ho potuto constatare, andando a parlare con i riopianti di lingua tedesca in Alto Adige, che veramente c'è bisogno di assistenza in direzione di tutta una serie di situazioni tremende, sotto ogni punto di vista. Quindi anche qui la responsabilità più grossa è logicamente del Governo, che non ha saputo capire adeguatamente il problema dell'Alto Adige, perchè non basta firmare gli accordi; ma è anche vostra la responsabilità perchè avete sempre sostenuto questa politica da parte del Governo.

Circa il problema della proporzione etnica ne-

gli uffici, indubbiamente ne abbiamo parlato ancora, e soprattutto quando abbiamo fatto quella proposta per l'inchiesta sulla bilinguità in Alto Adige al Consiglio regionale, attraverso un'apposita Commissione d'inchiesta. La proposta è stata bocciata, soprattutto per il voto dei democristiani vostri alleati, che hanno a cuore questo problema. Ad ogni modo credo che anche qui una politica diversa potrebbe venire attuata da parte degli organi centrali. Per esempio, pur considerando il problema della bilinguità in Alto Adige, deve intendersi realisticamente sotto un programma di attuazione graduale, perchè non si può pensare che tutto ad un momento gli uffici diventino proporzionalmente rappresentanti il numero dei cittadini. E vi vorrei pregare di darmi il numero di tutti coloro che vogliono entrare in questi uffici, perchè voi potete dire che sono 10 mila o 3 mila che vogliono entrare, discutiamo questa situazione, vediamo quanti ce ne sarebbero che vorrebbero entrare in questi uffici. Bisogna vedere il problema della bilinguità, così come si deve intendere, e non attraverso l'interprete in un ufficio, perchè è giusto che un ufficio che ha l'interprete non è un ufficio bilingue e si deve ampliare questa condizione della bilinguità, ma dovete anche considerare che quelli che sono negli uffici non si possono mandar via; se ci sono dieci impiegati di lingua italiana non potete mandar via sei e mettere dentro altri sei. Voi che siete cristiani dovete anche considerare dal punto di vista evangelico le situazioni degli uomini. Bisogna pur vederle sotto il profilo della gradualità questo problema. Ma con questo non voglio dire che il problema deve andare avanti da solo, ci deve essere pure un mezzo per mutare e migliorare questa situazione. Io sono pienamente d'accordo che lo Stato faccia per i sudtirolesi dei concorsi speciali, li ha fatti per i maestri e non è caduta la democrazia italiana! Perchè non si devono fare anche dei concorsi speciali per un certo numero di posti in uffici da dare a cittadini locali, in cui, a parità di condizioni, vinca il posto chi conosce la lingua tedesca; perchè voi capite bene che lo Stato se fa un concorso per 10 posti e poi ci sono solo 5 sudtirolesi che concorrono, 5 posti rimangono vuoti e allora si deve fare un altro concorso per riempire gli altri posti. Quindi lo Stato faccia dei concorsi in cui mette per l'Alto Adige un certo numero di posti a cittadini residenti in Alto Adige. Lo Stato lo può fare anche considerando anzitutto che in quasi tutti gli uffici governativi c'è una carenza di personale, so che in parecchi uffici si lamentano che non c'è il personale occorrente. Ma anche se ne ha qualcuno in più non muore nessuno, non cade lo Stato italiano. Perchè non si può o non si vuole fare

questi concorsi speciali? Io direi di fare così: quando vengono stabiliti i concorsi nazionali stabilirei un'aliquota per l'Alto Adige, cioè questo determinato numero di posti è riservato per gli impieghi nell'Alto Adige, e a parità di condizioni subentra quello che sa la lingua italiana. Perchè non si può fare così? Ditemi voi se lo Stato italiano cadrà in ginocchio di fronte ad una realizzazione del genere? Ed è per questi motivi che parlo di politica poco intelligente da parte di certi nostri governanti, che dell'Alto Adige probabilmente sanno che esiste geograficamente o quando vengono qua a fare il discorsetto e basta. E quando considero poco intelligente certi aspetti della politica governativa, in particolar modo per l'Alto Adige, considero poco intelligente anche il fatto che non si vogliono fare questi concorsi, quando dal punto di vista del principio della pratica si è andati molto più in là col concorso dei maestri ecc. Dite al vostro partito confratello che si decida. Comunque presentate una proposta di legge al Parlamento e vedrete che troverete appoggi, ma che sia una proposta come questa, un'idea accettabile da tutti e non fare delle proposte oltranziste, alle quali si deve dire no. Non partiamo sic et simpliciter dal punto di vista che si deve attuare la bilinguità drasticamente con decisioni immediate negli uffici ecc. E se in questi anni vi foste mossi un po' più intelligentemente con i vostri alleati, sareste già qualche passo avanti, invece preferite discutere dall'Olimpo sulle vostre cose, esposte molte volte in maniera buona e molte volte in maniera cattiva, perchè, consentirete che ve lo dica: qualche volta esponete in forma cattiva le vostre rivendicazioni.

L'assessore Dietl, nel suo interessante intervento, ha accennato all'edilizia popolare. Fornirò a Dietl, per quanto riguarda la mia parte, tutta una documentazione sulle critiche che alla politica relativa all'edilizia popolare noi comunisti abbiamo sempre fatto nel nostro Paese. Ma c'è qui un particolare aspetto che è quello dell'edilizia popolare in direzione dei cittadini di lingua tedesca e ladina che non hanno casa. Anzitutto c'è da considerare una cosa. All'INA-Casa i sudtirolesi possono avere meno soddisfazione, dice Dietl, che non gli italiani, perchè le assegnazioni per l'INA-Casa sono tali per cui ci hanno indotti ad arrivare a questo convincimento. Ma bisogna considerare che la legge sull'INA-Casa è fatta ad una certa maniera; per primo ottiene la casa chi paga i contributi, e qui, per il modo com'è organizzato il lavoro, la maggioranza di coloro che pagano i contributi nei Comuni dove più vi sono realizzazioni dell'INA-Casa cioè Bolzano, Merano e Bressanone, è di lingua italiana; in secondo luogo, pur-

troppo, in questi Comuni una buona parte degli elementi che vivono in tuguri, soffitte, sono di lingua italiana. La legge prevede un certo punteggio per coloro che si trovano in condizioni di maggiore precarietà.

SCHATZ (S. V.P.): E ne vengono subito degli altri!

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Quindi sul problema dell'INA-Casa è difficile trovare il modo di stabilire le proporzioni così automaticamente. Poi c'è l'Istituto delle Case popolari. Non so che cosa facciano i vostri membri nella Commissione per le assegnazioni, non lo so, ma mi pare che si siano sempre trovati d'accordo nelle assegnazioni e stranamente poi venite qui e citate le nefandezze nell'assegnazione degli alloggi popolari. Non che sia molto d'accordo su certe assegnazioni, e non sono quà a fare l'avvocato difensore dell'Istituto Case popolari. Però devo considerare che la stragrande maggioranza delle assegnazioni trova concordi i rappresentanti di lingua tedesca nella Commissione. Cominciate a chiedere conto un po' anche a costoro come si comportano, cominciate a chiedere conto al dott. Mayr, vostro dipendente provinciale, chiedete conto al dott. Plangger ed altri. Ma comunque la situazione è indubbiamente insoddisfacente per una parte di cittadini di lingua tedesca che è senza casa. Allora bisognerà trovare altre vie. In fin dei conti chi si è battuto per far stanziare quattrini per l'edilizia popolare alla Regione sono stati i socialcomunisti. Ed ogni volta che c'è stata questa proposta avete sempre detto di no, e ciò vuol dire non ritenere giusto spendere i quattrini della Regione per la costruzione di case per i senza tetto, sia tedeschi che italiani, lo ritenete inopportuno e non necessario! Questo è il significato del vostro no. Voi quando dite no a certe proposte forse non riflettere che vi ponete in contraddizione con certe vostre affermazioni e richieste. Che cosa costa alla Regione modificare la politica per quanto riguarda l'edilizia popolare? La Regione stanziava, da qualche anno a questa parte, normalmente cento milioni per l'edilizia popolare, 50 a Bolzano e 50 a Trento, a parte quel quid per i riopianti. La Regione, che ha 4 miliardi di bilancio, potrebbe ottenere qualche cosa di più se ci fosse un'azione più dignitosa e ferma da parte dei rappresentanti della Regione nei confronti del Governo. Il presidente Odorizzi, qualche anno fa affermava che il problema della casa deve essere risolto dallo Stato, lo ha scritto come prefazione in quel famoso volume elettorale stampato a spese della Regione, pieno di fotografie e di schemi, distribuito nell'Alto Adige. Ma se

l'avv. Odorizzi nel 1951 ha considerato che lo Stato non ha ancora realizzato questo, altrettanto deve considerare nel 1955, deve convincersi che lo Stato non vuole affrontare il problema della casa, in modo particolare per l'Alto Adige. Non vuole affrontarlo più di quanto sia impegnato ad affrontarlo con l'INA-Casa, con l'Istituto Case popolari, con la legge Romita, ecc. Ed allora deve dire: facciamo anche noi qualche cosa! Non credo che andrebbe in malora la politica regionale se si stanziassero per l'edilizia popolare 500 milioni all'anno da distribuire a Trento ed a Bolzano, perchè anche il Trentino, se pur meno, ha bisogno di case. Ed allora questi fondi, uniti ad un certo sforzo dell'Amministrazione provinciale per fare case per coloro che non ne hanno, potrebbe portare nella pratica alla costituzione di una Commissione dove voi sareste in maggioranza e nella quale voi considerereste con una maggior comprensione i problemi particolari dei cittadini di lingua tedesca; non che voi dovrete assegnarle solo ai cittadini di lingua tedesca la casa, la dovrete assegnare anche ai cittadini di lingua italiana, ma probabilmente fareste quello che oggi lamentate dell'Istituto Case popolari e dell'INA-Casa ecc., ed in questa maniera si arriverebbe, se pure in forma sbagliata, a ristabilire un certo equilibrio. Fateglielo, chi ve lo impedisce? Voi e la D.C. comandate in Regione! Chi ve lo ha impedito fino adesso? Chi vi ha impedito ad es. di stanziare 500 milioni ogni anno per l'edilizia popolare! Soltanto la vostra cattiva volontà! Voi preferite vedere centinaia di milioni qua e centinaia di milioni là, turismo, convegni, manifestazioni ecc. e poi andate a raccontare delle storie ai cittadini di lingua tedesca che sono senza casa. Quindi giusta la critica ma anche necessaria, doverosa, l'autocritica da parte vostra, perchè anche voi, e lo ripeto sempre, fino adesso siete corresponsabili con questo maturarsi della situazione. Non sarete i maggiori responsabili perchè la maggiore responsabilità sotto certi aspetti è naturalmente del Governo, e di quel partito democristiano che dirige tutta la politica governativa e la politica italiana, e quindi anche nell'Alto Adige, ma c'è anche una buona corresponsabilità da parte vostra. Quindi credo che non basta venire qui a fotografare una situazione e non fare il minimo cenno a qualche difetto per lo meno nella vostra azione politica. Ma è possibile che voi abbiate sempre fatto giusto?! Ma è possibile che voi siate infallibili, che la vostra azione politica di questi anni sia sempre stata perfetta?! Ma che cosa non dovrete dire della necessità di migliorare i settori dove oggi non soltanto operate, ma comandate. Basta vedere come sono organizzati certi servizi dell'Amministrazione provin-

ziale per dire che c'è o la cattiva volontà o la incapacità di operare. Allora si deve giustamente criticare e lamentare una situazione ed a distinguere anche gli avversari ed i non avversari. Qualche responsabilità ci sarà pure da parte dei dirigenti della S.V.P., perchè altrimenti che cosa siete stati a fare? Non siete stati aria fino adesso, siete stati uomini, avete agito, operato, avete preso delle decisioni che hanno lasciato il segno nella vita politica ed economica locale, e quindi voi avete le responsabilità nel bene che avete compiuto — perchè non voglio negare quanto di buono avete compiuto finora — ma avete anche la responsabilità per quanto di cattivo è stato compiuto e per quanto non è stato addirittura compiuto. Ora come uscire da questa situazione? Io mi aspetto da parte vostra, che avete sollecitato questo dibattito, ed aspetto veramente con interesse le conclusioni a cui farete arrivare questo dibattito; se ci sarà una proposta che consenta almeno a me di esaminare e di vedere in che maniera posso dare il mio modesto appoggio. Ma bisogna pure che, se non in questa occasione, quanto prima si cerchi di uscire da questa situazione per lasciare intravedere qualche spiraglio migliore per il futuro. Dicevo ieri che occorre fare un programma. Ogni volta che si è presentato il bilancio ho chiesto un programma, programma politico-economico per la Amministrazione provinciale, ma si è sempre risposto: ma che programmi! Alla Regione altrettanto. Vediamo un po' di formulare una serie di richieste, una serie di proposte per migliorare la situazione dell'Alto Adige e facciamolo con uno spirito diverso da quello che si è messo in luce sinora in certe occasioni, perchè voi avete ragione in tante cose, ma avete torto in tante altre, dovete comprendere questo; dovete pure capire che dovete lavorare unitamente ad altri e non solo da voi soli, non siete un corpo estraneo a tutto il resto e quindi se dovete lavorare con gli altri e chiedere magari aiuto ad altri in certe occasioni, dovete comprendere che qualche cosa del vostro bagaglio dovete lasciare da parte. E guardate che in questi giorni nel Paese è caduto il Governo Scelba. E' caduto non Scelba soltanto, uomo che può essere simpatico o anche antipatico, ma è caduto soprattutto un suo programma: programma dell'oltranzismo e della discriminazione all'interno del Paese. E questo non lo dico soltanto per amore di polemica, lo dico perchè purtroppo di questa discriminazione etnica al pari di altri nazionalisti di lingua italiana voi ne fate un po' l'essenza della vostra politica. E non soltanto la discriminazione etnica deve cessare, ma anche la discriminazione politica. Non potete dire che la situazione tra i sudtirolesi sia normale per il solo fatto che c'è

un solo partito e perchè ci siete soltanto voi a rappresentare i sudtirolesi, perchè la discriminazione politica tra le file dei sudtirolesi è imperante ogni ora. Voi colpite colui che si proclama di idee diverse dalle vostre e coloro che si iscrivono al Partito comunista, alla C.G.I.L., colpite chi anela a forme di libertà diverse da quella che voi stessi prospettate. C'è ogni forma di intimidazione posta in atto a cui abbiamo assistito in questi anni, da quella morale a quella economica, per non dire di peggio. Questo dovete capire, e non voglio fare allarmismi, ma sono fatti questi che devono cessare, non vi deve essere nè discriminazione politica nè etnica. E' solo in questa maniera che voi potrete dimostrare uno spirito che vi può portare a collaborare con quelle forze democratiche italiane locali e fuori di qui, che vogliono fare qualche cosa di più per l'Alto Adige di quello che si è fatto finora. Se volete fare così va bene, se no fate come avete sempre fatto, ma vedrete che presto o tardi questa politica come si ritorcerà sulla D.C., se continuerà così, si ritorcerà anche su di voi. E a proposito, dal momento che ci siete, vi prego di dare la vostra fiducia a Segni, in sede di Parlamento, non dimenticate, tanto per non perdere l'abitudine!

DELL' ANTONIO (Assessore alle Finanze - D.C.): Se come membro della D.C. prendo la parola dopo la dichiarazione dell'amico Panizza, non è certo per rispondere punto per punto a tutti i problemi che sono stati sollevati, perchè mi pare che il dibattito in questa sede, per i motivi per cui si è cominciato, sia stato abbastanza lungo per chiarare punti di vista di ognuno di noi. Tuttavia vorrei esaminare alcuni punti, o meglio due punti, che si riferiscono particolarmente al gruppo etnico che rappresento ed in riguardo al quale è stato fatto qualche accenno. Si parla spesso della difesa del gruppo etnico ladino, sia da parte della D.C. che da parte della S.V.P., e mi pare che sia giunto il momento, visto che il dibattito è stato abbastanza ampio, di inquadrare questo problema una volta per sempre, e di farne una storia dettagliata, o almeno tale da poter rendere il problema comprensibile anche a coloro che fino a questo momento non hanno avuto occasione di approfondirlo per avere una base di partenza anche per l'avvenire, perchè senza avere adeguate premesse non è naturalmente possibile studiare la situazione attuale. Per me il problema ladino è sorto da una situazione di fatto, cioè da quella della lingua parlata da taluni, senza che allora si pensasse a differenziarsi nello Stato a cui la Ladinia è venuta man mano a trovarsi, in un primo momento nello Stato austriaco, in un se-

condo momento nello Stato italiano. E questa situazione di fatto solo in un secondo momento ha trovato la base per esprimersi in un gruppo etnico, il quale aspira ad avere il riconoscimento che hanno gli altri gruppi etnici. Si è parlato spesso e si è detto che solo il gruppo etnico tedesco salvaguarda il gruppo etnico ladino. Stamane lo assessore Dietsch ha affermato che laddove ci sono tedeschi là i ladini hanno potuto resistere, laddove ci sono italiani i ladini sono scomparsi come tali, come gruppo etnico. Non mi pare che questa affermazione possa essere sostenuta con ragione....

DIETL (S. V. P.): E' un'impostazione mal fatta! Avanti!

DELL' ANTONIO (Assessore alle Finanze - D. C.): Perché si è dimostrato che il gruppo etnico ladino ha cercato di rafforzarsi per propria forza e non per l'intervento del gruppo etnico tedesco, anzi il gruppo etnico tedesco ha cercato di ostacolare il sorgere in un primo tempo di questo atteggiamento di scissione, come era considerato da parte di coloro che parlano la lingua tedesca.

DIETL (S. V. P.): Dimostrazione!

MITOLO (M. S. I.): Lasciatelo parlare!!

DELL' ANTONIO (Assessore alle Finanze - D. C.): Abbiamo visto che subito dopo la guerra, quando si sono formati i primi nuclei diretti a dare una forma concreta a questo gruppo, c'è stata una notevole opposizione perché si desiderava che facesse un tutto unico con il gruppo tedesco; tuttavia alcuni hanno desiderato di riaffermare la loro posizione e di distinguersi senza per questo mostrare nessuna ostilità al gruppo che viveva vicino ed in questo è stato aiutato dallo Stato italiano, e precisamente dalla democrazia italiana, la quale ha reso possibile il sorgere di questo gruppo come giuridicamente costituito in quanto che non veniva a nuocere assolutamente alla compagine dello Stato. Si dice che solo nell'Alto Adige è sorto il problema del gruppo etnico ladino e che nel Trentino e nel Bellunese questo non esiste, no; esistono le esatte premesse come una volta nell'Alto Adige, anche là si continua a parlare il ladino, solo che fino a poco tempo fa almeno, si è ritenuto giunto il momento di costituirsi in un gruppo legalmente costituito. Da mesi è sorta la Unione dei Ladini della Val di Fassa che fa parte dell'Unione generale dei ladini con uno scopo puramente culturale, con lo scopo di mantenere i contatti, di salvaguardare quella cultura che sta

alla base del gruppo stesso. E' stata combattuta l'Unione Ladina perché si riteneva che questa avesse una base esclusivamente politica. Sta di fatto che gran parte di dirigenti e una parte degli iscritti sono iscritti a partiti italiani, ma è sempre stata aperta l'iscrizione anche agli appartenenti alla S.V.P. e se loro non hanno voluto iscriversi, se hanno voluto tenersi lontani non è certamente una difficoltà posta dallo Statuto, il quale espressamente dichiara che l'Unione Ladina è fatta indistintamente per tutti i ladini a qualsiasi partito essi appartengano.

Si è parlato della scuola e si è dichiarato che la scuola ladina non adempie alle funzioni per le quali essa è stata creata. Ho voluto esaminare a fondo questo problema perché francamente quello della scuola nelle vallate ladine mi sta a cuore, perché sta a base di tutto quello che è: le possibilità che verranno a svilupparsi per quelle popolazioni, e mentre in un primo tempo era prospettata l'ipotesi, non certamente dallo Stato, che la scuola dovesse essere tedesca, in un secondo tempo si è adottato il principio, di comune accordo, che la scuola dovesse essere bilingue, salvo rimanendo l'insegnamento del ladino come lingua strumentale. Mi pare che questa soluzione risponda effettivamente ai bisogni della popolazione. Perché abbiamo visto che una popolazione, piccola per numero, deve naturalmente mantenere i contatti prima di tutto con lo Stato di cui fa parte, ma anche con le popolazioni che vivono intorno ad essa. E' quindi giusto che apprenda la lingua tedesca, così come apprendi la lingua italiana. Si è detto che da parte delle autorità scolastiche, specialmente dai direttori didattici, questa proporzione non viene rispettata. Non mi risulta; so per esempio che in Val Badia ci sono stati degli insegnanti, che hanno presentato al direttore didattico degli orari in cui questa divisione metà per metà per le ore dedicate all'insegnamento del ladino e quelle dedicate all'insegnamento del tedesco non sono state rispettate, ed il direttore gli ha rinviati per la correzione pretendendo un'esatta osservanza di quelli che erano gli accordi e di quelle che erano le disposizioni superiori. Si è anche detto che nelle scuole ladine il tedesco non viene sufficientemente imparato ed assimilato. Ma a smentire questo concetto sta il fatto che tutti gli studenti che sono usciti dalle scuole ladine hanno riportato degli ottimi voti, anche quelli che stanno frequentando le scuole tedesche. Posso citare i casi di insegnanti tedeschi che hanno espressamente ammesso che il tedesco appreso nelle scuole ladine è buono e sufficiente, tale esattamente come quello che si riferisce all'apprendimento della lingua italiana. Penso che la preoccupazione

del gruppo etnico tedesco, di salvaguardare ad ogni costo l'esistenza del gruppo ladino sia eccessiva, che il gruppo etnico ladino non deve aver timore di scomparire in quanto che lo Stato italiano stesso ne garantisce l'esistenza e non ha nessun timore che esista questo gruppo, al contrario, potrà guardare con simpatia la tenacia con la quale queste popolazioni si sono tenute ligie alle vecchie tradizioni. Abbiamo visto che anche durante il periodo fascista non si è mai fatta opposizione alla parlata della lingua ladina e si è lasciato liberamente che il popolo da questo punto si sviluppasse come riteneva. Per quanto riguarda il problema dell'Ispettore che è stato sollevato recentemente e per il quale si è detto che era necessario fosse di lingua ladina, questo problema è stato da noi già sollevato da quattro anni e l'abbiamo prospettato alle autorità scolastiche locali, le quali ci hanno pregato di ritardare per il momento; ritenendo essi sufficientemente garantita l'osservanza delle norme anche senza la presenza immediata di questo Ispettore. Tuttavia ci hanno promesso che studieranno il problema e che ci faranno delle proposte concrete, proposte che noi poi passeremo senz'altro alle autorità scolastiche statali, e non abbiamo nessun motivo di pensare che esse non accoglieranno questo legittimo desiderio della popolazione.

Ora vorrei fare una considerazione su quella che è la mia impressione riguardo a questa propaganda massiccia che è stata fatta dall'una e dall'altra parte, che ha avuto inizio due mesi fa e che ha assunto toni sempre più violenti, fino a raggiungere il diapason nella stampa estera e nazionale. Non potrei condividere la tesi del cons. Dietl quando dice che la stampa straniera è stata più obiettiva di quella nazionale. Ho letto certi articoli che penso potevano essere scritti solo per il fatto che il lettore, o meglio le popolazioni le cui condizioni venivano descritte in quegli articoli erano sufficientemente lontane per non poter prenderne atto. Ma tutto questo a che risultato porterà? Ho visto molta preoccupazione per l'intensità di questa azione; preoccupazione dal punto di vista turistico. E' stato proprio il sig. Gröbner, presidente dell'Ente provinciale del turismo, il quale recentemente ha sollevato una serie di timori sulle conseguenze che questa massiccia opera può avere sul turismo. Abbiamo visto a Naz-Sciaves il Sindaco e la Giunta pregare una commissione composta da elementi esteri, di non agitare troppo le acque in questo momento, perchè il turismo ne potrebbe soffrire. Abbiamo visto a Renon delle persone che se ne sono andate perchè preoccupate, evidentemente a torto, perchè io non credo affatto che la situazione sia talmente drammatica

da poter giustificare questi atteggiamenti. Tuttavia sta di fatto che questa preoccupazione è sorta, che fra le popolazioni, specie dei paesi, si è formata una mentalità, un timore che ricorda in gran parte quello che è successo nel 1939....

FORER (S. V. P.): E' colpa della S.V.P.!

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze - D. C.): ...timore di indecisioni, timore che possano sorgere dei sconvolgimenti tali da turbare la situazione economica, timore che dovessero sorgere delle lotte tali da turbare effettivamente il pacifico svolgimento delle loro attività economiche. Lo dico e richiamo l'attenzione su questi fenomeni nei confronti di coloro che più si sono spinti su questa via, perchè mi pare che sia un elemento da tenere in considerazione perchè non si può spingere in una direzione senza tenere conto di quello che è il sentimento di tutte le categorie della popolazione. Io ho la netta sensazione che talune categorie della popolazione di lingua tedesca siano seriamente preoccupate del come vengono affrontati questi problemi. I dati che sono stati citati nel corso di questi interventi hanno certo portato ad approfondire l'esame in diversi settori, però non mi sembra che tutti i dati siano stati effettivamente obiettivi. Per esempio quelli riferiti dal dott. Schatz in merito alla proporzione delle Commissioni interne delle varie amministrazioni e nei vari stabilimenti. Egli ha parlato della vittoria dei comunisti alla Lancia, ma ha dimenticato di riferire invece la vittoria delle organizzazioni democratiche alla «Magnesio», alle «Acciaierie», al Cottonificio, alla Lasa marmi, alla Montecatini, dove 70 operai hanno lasciato la C. G.I.L. per passare....

SCHATZ (S. V. P.): Si riferivano alle elezioni del 1954!!

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze - D. C.): ...alla C.I.S.L. Io penso che la politica dovrebbe essere in funzione della tranquillità della popolazione e dovrebbe essere in funzione della vita economica e non la vita economica essere in funzione della politica. Perchè se così si fa si va effettivamente a turbare la serenità, e mentre posso capire benissimo che ci sia la necessità di risolvere una volta questi problemi, penso, con tanta popolazione locale, che questi problemi dovrebbero essere risolti senza arrivare alla drammatizzazione alla quale siamo arrivati in questi giorni.

GRABER (S. V. P.): La traduzione!

PRESIDENTE: Decidiamo sull'orario di lavoro per concludere questa seduta.

ERCKERT (Presidente della Giunta - S.V.P.): Propongo di continuare domani!

PRESIDENTE: La mia opinione personale sarebbe di continuare in seduta notturna, ormai abbiamo raggiunto spiegazioni da ogni punto di vista. Iscritti a parlare sono pochissimi e si potrebbe finire. C'è che generalmente non si fa seduta il sabato e lunedì, martedì abbiamo altri impegni.

MITOLO (M. S. I.): Signor Presidente io sono contrario alla proposta di fare una seduta notturna, perchè queste sedute antimeridiane e meridiane sono state abbastanza, non voglio dire snervantanti, ma pesanti fra le traduzioni ed i vari interventi. Data la stagione calda una seduta notturna non sarebbe opportuna. Penso che se non si può fare seduta domani per concludere, io mi auguro domani in mattinata, si rinvii la seduta a lunedì, questa è la proposta che faccio: o domani o lunedì!

ERCKERT (Presidente della Giunta - S.V.P.): Pregherei il Presidente del Consiglio di chiedere chi desidera ancora di parlare, per sapere se è

possibile continuare domani e di chiudere. Io mi assocerei alla proposta dell'avv. Mitolo di continuare domani ed arrivare alla conclusione e di terminare la seduta verso le ore 14 di domani, se non ci sono alcuni che vogliono parlare due o tre ore.

PRESIDENTE: Gli iscritti a parlare sono Pupp e Mitolo.

MITOLO (M. S. I.): Dopo di Benedikter.

AMONN (S. V. P.): Io per fatto personale, solo due minuti!

MITOLO (M. S. I.): Io chiedo di parlare dopo di Benedikter.

PRESIDENTE: Amonn per fatto personale!

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Ci sarà un fatto personale mio allora!

PRESIDENTE: Faccio la proposta di sospendere i lavori adesso e di riprendere domani mattina alle ore nove: la proposta è accolta.

Ore 18.45 Uhr.